

Tagungsdokumentation



2. Sozialplanungskonferenz im Kreis Pinneberg

20. August 2022

Impressum

Impressum

Erstellt für:

den Kreis Pinneberg

Das con_sens-Projektteam:

Anita Wiemer
Johannes Nostadt
Jan Ahlrichs
Corinna Mantai

Titelbild:

© Orbon Alija

con_sens

Consulting für Steuerung und soziale Entwicklung GmbH
Rothenbaumchaussee 11 • D-20148 Hamburg
Tel.: 0 40 - 410 32 81 • Fax: 0 40 - 41 35 01 11

consens@consens-consulting.de
www.consens-consulting.de

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

1.	Ausgangssituation und Zielsetzung	5
2.	Ablauf und Durchführung	6
3.	Neujustierung der sozialpolitischen Handlungsfelder	7
3.1.	Infrastruktur sozialer Angebote, Mobilität, Leben und Freizeit	7
3.2.	Gesundheit, Ärztliche Versorgung und Pflege	11
3.3.	Wohnen, Armut	16
3.4.	Bildung, Arbeit	20
3.5.	Integration, Inklusion	24
4.	Diskussion aktueller Themen der Sozialpolitik	28
4.1.	Evaluation der Sozialplanung	29
4.2.	Folgen der Pandemie	32
4.3.	Gesundheitsversorgung	34
4.4.	Migration	38
4.5.	Kommune Inklusiv	40
5.	Priorisierung der Handlungsfelder und Abschluss	43
5.1.	Priorisierung der Handlungsfelder	43
5.2.	Feedback zur Veranstaltung	43

Abbildungsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Ablauf der 2. Sozialplanungskonferenz im Kreis Pinneberg	6
Abb. 2: Ergebnisse zum Handlungsfeld „Infrastruktur sozialer Angebote“	8
Abb. 3: Ergebnisse zum Handlungsfeld „Mobilität“	10
Abb. 4: Ergebnisse zum Handlungsfeld „Leben und Freizeit“	11
Abb. 5: Ergebnisse zum Handlungsfeld „Gesundheit“	12
Abb. 6: Ergebnisse zum Handlungsfeld „Gesundheit“, 2. Runde	13
Abb. 7: Ergebnisse zum Handlungsfeld „Pflege“	15
Abb. 8: Ergebnisse zum Handlungsfeld „Pflege“, 2. Runde	16
Abb. 9: Ergebnisse zu den Handlungsfeldern „Armut“ und „Wohnen“ (1)	17
Abb. 10: Ergebnisse zu den Handlungsfeldern „Armut“ und „Wohnen“ (2)	19
Abb. 11: Ergebnisse zu den Handlungsfeldern „Bildung“ und „Arbeit“ (1)	20
Abb. 12: Ergebnisse zu den Handlungsfeldern „Bildung“ und „Arbeit“ (2)	22
Abb. 13: Ergebnisse zu den Handlungsfeldern „Bildung“ und „Arbeit“ (3)	23
Abb. 14: Ergebnisse zum Handlungsfeld „Integration“	24
Abb. 15: Ergebnisse zum Handlungsfeld „Inklusion“	26
Abb. 16: Factsheet: Aktueller Stand zum Thema „Evaluation der Sozialplanung“	29
Abb. 17: Workshop-Ergebnisse „Evaluation der Sozialplanung“	31
Abb. 18: Factsheet: Aktueller Stand zum Thema „Folgen der Pandemie“	32
Abb. 19: Workshop-Ergebnisse „Folgen der Pandemie“	33
Abb. 20: Factsheet: Aktueller Stand zum Thema „Gesundheitsversorgung“	34
Abb. 21: Hausärztliche Versorgung in Schleswig-Holstein	35
Abb. 22: Workshop-Ergebnisse „Gesundheitsversorgung“ (1)	36
Abb. 23: Workshop-Ergebnisse „Gesundheitsversorgung“ (2)	37
Abb. 24: Factsheet: Aktueller Stand zum Thema „Migration“	38
Abb. 25: Workshop-Ergebnisse „Migration“	39
Abb. 26: Factsheet: Aktueller Stand zum Thema „Kommune Inklusiv“	40
Abb. 27: Workshop-Ergebnisse „Kommune Inklusiv“ (1)	41
Abb. 28: Workshop-Ergebnisse „Kommune Inklusiv“ (2)	41
Abb. 29: Workshop-Ergebnisse „Kommune Inklusiv“ (3)	42
Abb. 30: Priorisierung der sozialpolitischen Handlungsfelder	43
Abb. 31: Feedback zur Veranstaltung	43

1. Ausgangssituation und Zielsetzung

Am 28.05.2016 fand im Kreis Pinneberg die erste Sozialplanungskonferenz statt. Auf dieser wurden in einem partizipativen Verfahren elf sozialpolitische Handlungsfelder identifiziert, an denen sich die Sozialplanung im Kreis orientieren soll. Sieben der elf Handlungsfelder wurden als besonders bedeutsam priorisiert. Am 16.11.2016 wurden die Handlungsfelder einstimmig vom Kreistag beschlossen und geben aktuell die Ausrichtung der Sozialplanung vor. So wird u.a. in Fokusgruppen an Handlungsempfehlungen zu den einzelnen Handlungsfeldern gearbeitet.

Am 14.06.2017 hat der Kreistag die Verwaltung damit beauftragt, alle fünf Jahre eine Sozialplanungskonferenz zur strategischen Weiterentwicklung und Überprüfung der sozialpolitischen Handlungsfelder durchzuführen.

Die zweite Sozialplanungskonferenz sollte Vorschläge zur Neujustierung bzw. Anpassung der vom Kreistag beschlossenen sozialpolitischen Handlungsfelder und deren Prioritäten entwickeln. Die Handlungsfelder sollten im Rahmen der zweiten Sozialplanungskonferenz, im Hinblick auf die Bedarfe der Zielgruppen, überprüft und neu justiert werden. Ein wesentliches Ziel war in diesem Zusammenhang die erneute Priorisierung der Handlungsfelder.

Darüber hinaus sollten der Austausch und die Vernetzung der sozialpolitischen Akteure befördert werden. Die Konferenz sollte Feedback, Vorschläge und Stimmungslagen der unterschiedlichen Akteure aus dem Sozialbereich im Kreis einfangen.

Inhaltliche Grundlagen für die Konzeption und Durchführung der Sozialplanungskonferenz waren alle in der App FOKUS PI veröffentlichten Informationen sowie die strategischen Ziele des Kreises.

2. Ablauf und Durchführung

Die 2. Sozialplanungskonferenz im Kreis Pinneberg fand mit ca. 90 Teilnehmenden als ganztägige Veranstaltung am 20.08.2022 in den Räumlichkeiten der Beruflichen Schule Elmshorn statt. Eingeladen waren Vertreter:innen von Anbietern sozialer Dienstleistungen, Kommunen, Politik, Wissenschaft sowie Repräsentanten der Arbeits- und Fokusgruppen und unterschiedlicher Alters- und Berufsgruppen. Darüber hinaus nahmen auch Vertreter:innen des Kreises an der Konferenz und den Arbeitsgruppen teil. Die Beteiligten der Konferenz bilden somit ein breites Spektrum an Kompetenzen ab, die u.a. kreisweite Problemlagen und Problemverschärfungen erkennen sowie Wissen um ungenutzte Ressourcen der Einwohner:innen haben und diese bei Aktivitäten unterstützen können. Neben Begrüßungsreden und Impulsvorträgen standen mit den Arbeitsphasen 1 und 2 beteiligungsorientierte Formate im Mittelpunkt der Konferenz.

Der Ablauf der Konferenz ist in folgender Abbildung dargestellt.

ABB. 1: ABLAUF DER 2. SOZIALPLANUNGSKONFERENZ IM KREIS PINNEBERG

09:00 - 09:30 Uhr Ankommen	10:15 - 12:30 Uhr Arbeitsphase ❶ Neujustierung der sozialpolitischen Handlungsfelder	14:00 - 15:30 Uhr Arbeitsphase ❷ Diskussion aktueller Themen der Sozialpolitik
09:30 - 09:40 Uhr Begrüßung Gastgeber <i>Erik Sachse, Schulleitung</i> <i>Elfi Heesch, Landrätin</i>	12:30 - 13:30 Uhr Mittagspause	15:30 - 16:15 Uhr Ergebnisvorstellung & Priorisierung
09:40 - 10:00 Uhr Impuls Staatskanzlei <i>Minister Dirk Schrödter, Chef der Staatskanzlei</i>	13:30 - 14:00 Uhr Impuls Hansestadt Rostock <i>Steffen Bockhahn, Senator für Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule</i>	16:15 - 16:30 Uhr Abschluss
10:00 - 10:15 Uhr Einführung Sozialplanung <i>Heiko Willmann, Fachbereichsleiter Soziales, Jugend, Schule und Gesundheit</i> <i>Robert Schwerin, Leiter Stabsstelle Sozialplanung und Steuerung</i>		16:30 - 18:00 Uhr Ausklang & Get together

Im Folgenden werden in den Kapiteln 3 und 4 die Ergebnisse der Arbeitsphasen 1 und 2 dargestellt.

3. Neujustierung der sozialpolitischen Handlungsfelder

Zur Neujustierung der elf sozialpolitischen Handlungsfelder fanden in einer ersten Arbeitsphase moderierte Workshops statt, in denen jeweils zwei bis drei Handlungsfelder bearbeitet wurden. Zunächst wurde anhand des Fokusberichts der aktuelle Stand in den Handlungsfeldern vorgestellt. Anschließend wurden gemeinsam Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung der Handlungsfelder gesammelt und diskutiert. Leitfragen dabei waren:

- ▣ Wie können die Handlungsfelder weiterentwickelt werden?
- ▣ Welche Bedarfe (für best. Zielgruppen) gibt es noch aus Ihrer Sicht?
- ▣ Soll es andere Schwerpunkte geben?

Jede:r Teilnehmer:in hatte die Möglichkeit, an zwei Workshops teilzunehmen und sich somit in die Weiterentwicklung von insgesamt vier bis fünf Handlungsfeldern einzubringen. In der zweiten Workshop-Runde wurde jeweils auf die Ergebnisse der ersten Runde aufgebaut. Diese wurden zunächst vorgestellt, um anschließend weitere Aspekte und Ergänzungen aufzunehmen.

Im Folgenden sind die Ergebnisse der Workshops zusammengefasst dargestellt.

3.1. Infrastruktur sozialer Angebote, Mobilität, Leben und Freizeit

Die drei Handlungsfelder „Infrastruktur sozialer Angebote“, „Mobilität“ sowie „Leben und Freizeit“ sind eng miteinander verknüpft und sollten, das wurde deutlich, integriert betrachtet werden. Insbesondere bei den Handlungsfeldern „Infrastruktur sozialer Angebote“ und „Leben und Freizeit“ gibt es Überschneidungen und die Zuordnung der Themen ist hier nicht ganz eindeutig. So spielt etwa das Thema Ehrenamt, aktuell in „Leben und Freizeit“ verortet, in beiden Handlungsfeldern eine wichtige Rolle. Dagegen könnten die offene Kinder- und Jugendarbeit sowie mobile und aufsuchende Arbeit auch der „Infrastruktur sozialer Angebote“ zugeordnet werden. Zudem sollte die Bezeichnung „Leben und Freizeit“ ggf. noch einmal überdacht werden, da es neben dem Freizeitaspekt auch um Beteiligung, Förderung und Prävention in dem Handlungsfeld geht. Das Handlungsfeld „Mobilität“ wirkt sich auf die anderen beiden Handlungsfelder aus, indem es die Voraussetzung für die Nutzung und auch Bereitstellung von sozialen Angeboten und Angeboten aus dem Bereich Leben und Freizeit darstellt. Klient:innen und Zielgruppen aber auch Fachkräfte und Ehrenamtliche sind, insbesondere im ländlichen Raum, auf Mobilität angewiesen.

Übergreifend wurde darüber hinaus festgehalten, dass:

- ▣ Eine bessere Vernetzung der Akteure untereinander erfolgen sollte.
- ▣ Menschen mit Behinderung bzw. das Thema Inklusion in allen Handlungsfeldern mehr in den Fokus gerückt werden sollten.
- ▣ Digitale Möglichkeiten, wie z.B. Apps insgesamt verstärkt genutzt werden sollten.
- ▣ Bei der Umsetzung von Handlungsempfehlungen sollte die Arbeit von Kreis und Kommunen mehr miteinander verzahnt werden.

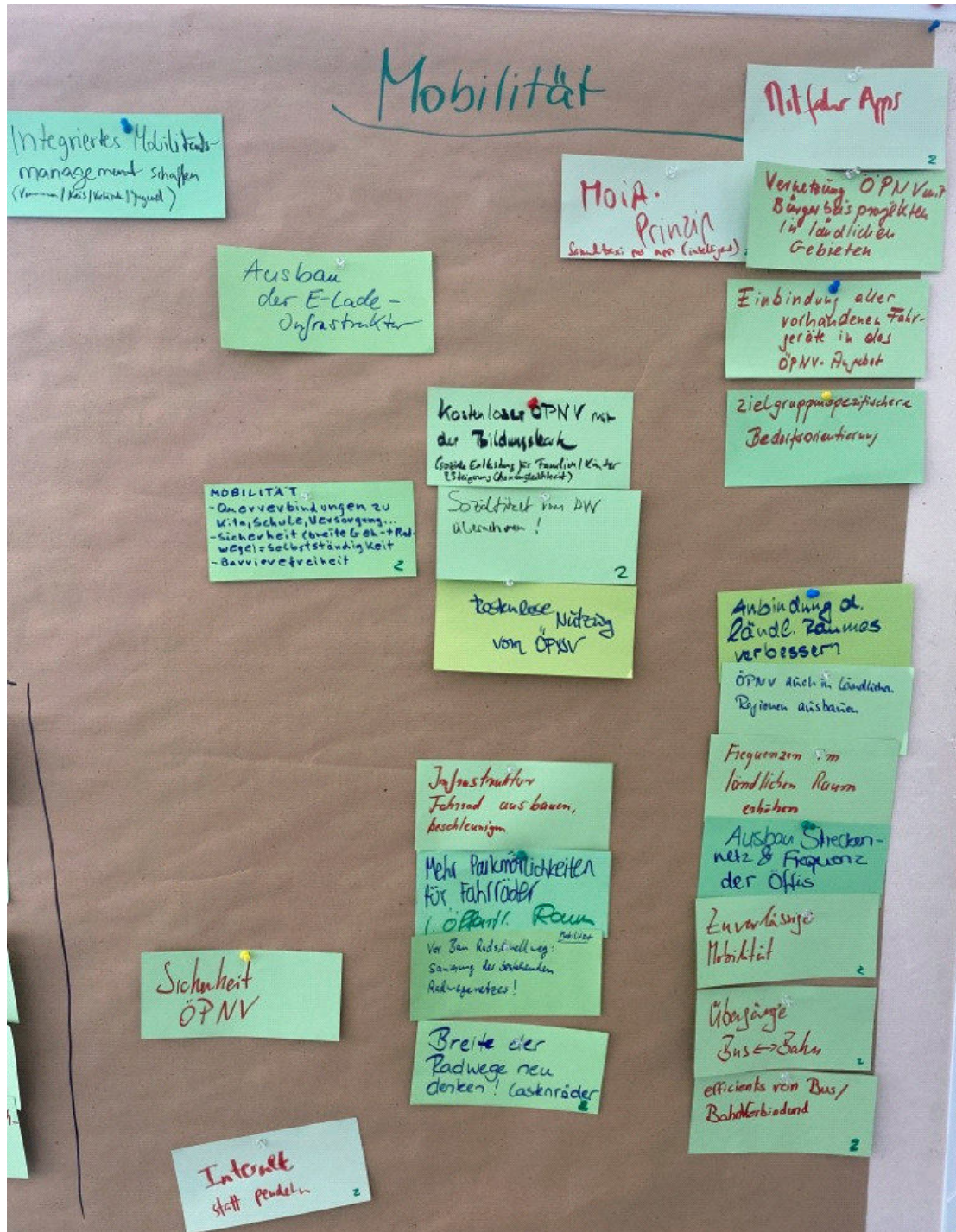
Für das Handlungsfeld **Infrastruktur sozialer Angebote** wurde festgehalten, dass ein wichtiges Thema die Schaffung neuer, auch niedrigschwelliger Angebote bzw. Angebotsstrukturen ist. Hierzu müssten Kreis und Kommunen eng zusammenarbeiten.

Im Mittelpunkt des zukünftigen sozialpolitischen Handelns sollte der Ausbau und die bedarfsgerechte Gestaltung des ÖPNV stehen. Dabei sollte vor allem der ländliche Raum gut angebunden werden, wozu ein Ausbau des Streckennetzes und eine Erhöhung der Frequenzen gehört. Allerdings sollten bereits vorhandene Angebote zunächst zuverlässig gestaltet werden. Weiter sollten die Übergänge zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln passgenauer gestaltet werden. Dazu gehört auch, dass mehr Möglichkeiten der Fahrradmitnahme in Verkehrsmitteln geschaffen werden. Zudem wurde diskutiert, ob und inwiefern es finanzielle Entlastungen bei der Nutzung des ÖPNV geben kann, vor allem im Hinblick auf die aktuell steigenden Lebenshaltungskosten. Es wurde betont, dass der ÖPNV zur Daseinsfürsorge gehört. Unstrittig war, dass eine Vereinfachung von Tarifen nötig ist. Insgesamt sollten die Bedarfe von Senior:innen und Menschen mit Behinderung bei der Angebotsgestaltung des ÖPNV mehr berücksichtigt werden.

Zusätzlich sollten Ideen für innovative Mobilitätsprojekte geprüft und ggf. umgesetzt werden, wie etwa Mitfahrprojekte, Bürgerbusprojekte oder die übergreifende Nutzung von bislang ungenutzten Potenzialen in Bezug auf Fahrgeräte verschiedener Institutionen.

Darüber hinaus sollte der weitere Ausbau der Fahrrad-Infrastruktur vorangetrieben werden. Betont wurde, dass die Steuerung im Handlungsfeld durch ein integriertes Mobilitätsmanagement erfolgen sollte, das es zu schaffen gelte.

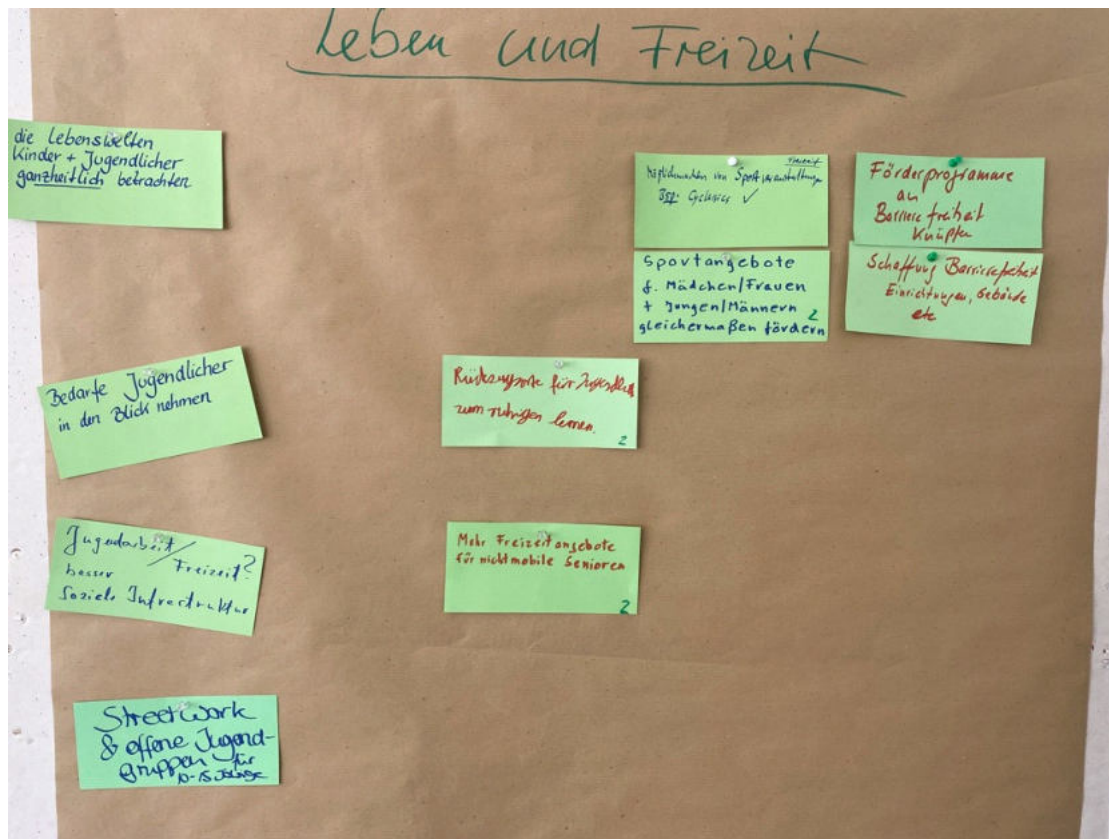
ABB. 3: ERGEBNISSE ZUM HANDLUNGSFELD „MOBILITÄT“



Für das Handlungsfeld „Leben und Freizeit“ wurde festgehalten, dass die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen ganzheitlich betrachtet werden sollten. Die Bedarfe Jugendlicher sollten mehr in den Blick genommen werden. Es brauche mehr Rückzugsorte für Jugendliche, mehr Streetwork und offene Jugendarbeit. Aber auch im Bereich der Freizeitangebote für nicht mobile Senior:innen werden noch Bedarfe gesehen. Insgesamt sollte mehr auf Inklusion bzw. Barrierefreiheit bei der Schaffung von Angeboten geachtet werden.

Im Bereich Sport sollte auf eine gleichgewichtige Förderung von Angeboten für Mädchen/Frauen und Jungen/Männern geachtet werden. Darüber hinaus wurde die Initiierung von größeren Sportveranstaltungen im Kreis vorgeschlagen.

ABB. 4: ERGEBNISSE ZUM HANDLUNGSFELD „LEBEN UND FREIZEIT“



3.2. Gesundheit, Ärztliche Versorgung und Pflege

Für das Handlungsfeld „**Gesundheit**“ sind eine Reihe von Bedarfen formuliert worden, für die es Angebote zu schaffen gelte. So sollten vermehrt Angebote zur Prävention und Gesundheitsförderung geschaffen werden. Insbesondere junge Menschen sollten vermehrt durch entsprechende Angebote und Programme, z.B. auch im Schulkontext angesprochen werden. In pädagogischen und psychologischen Ausbildungen sollte zudem das Thema Gesundheitsförderung mehr Berücksichtigung finden.

Auch brauche es mehr Beratungsstellen für Erkrankte und deren Angehörige und eine stärkere Beleuchtung der Beratung im therapieähnlichen Kontext. Ein weiterer genannter Aspekt ist die genderorientierte ärztliche Versorgung, z.B. bei Herzinfarkten. Ein relativ neues Thema stellt der Umgang mit weiblicher Genitalverstümmelung und deren gesundheitlichen Folgen dar. Hier brauche es Angebote für eine Versorgung und ggf. auch Beratung der Betroffenen.

Es wurde die Frage nach dem Bedarf an einem MZEB aufgeworfen. Weiter wurde vorgeschlagen, ein Medizinisches Versorgungszentrum für Menschen mit Behinderungen, angesiedelt beim neuen Krankenhaus, einzurichten. Insgesamt rückt auch im Handlungsfeld Gesundheit das Thema Inklusion vermehrt in den Fokus. Es wird eine inklusive medizinische Versorgung für Menschen aller Altersgruppen und für alle Arten von Einschränkungen gefordert.

Ein zunehmendes Problem im Handlungsfeld Gesundheit stellt die ärztliche und therapeutische Versorgung im Kreis dar. Zugang und Erreichbarkeit von Fachärzten und Hausärzten aber auch Notfallpraxen bzw. Notaufnahmen müssten verbessert werden. Eng verknüpft damit sind die Themen aus dem Handlungsfeld „Mobilität“. Das Ziel bei der Verteilung der Ärzte müsse eine dezentrale, gleichmäßig gute Versorgung und gesunde Lebensverhältnisse für alle

Bevölkerungsschichten sein. Hierzu sollte ein Reformprozess zusammen mit der Kassenärztlichen Vereinigung gestartet werden, bei dem u.a. die Regionalität von Fachärzten überprüft und die Niederlassungsfreiheit von Praxen aktualisiert werden sollte. Insgesamt sollte eine weitere Analyse der bestehenden Strukturen, Zahlen, Daten und Fakten erfolgen, um Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Eine Herausforderung in diesem Zusammenhang besteht im sich verschärfenden Fachkräftemangel, vor allem im Bereich der Hebammen und der Kinderärzte, dem begegnet werden müsse.

Für die Weiterentwicklung des Handlungsfeldes „Gesundheit“ wurde vorgeschlagen, eine kommunale Gesundheitskonferenz durchzuführen, bei der Lösungsansätze für die vielfältigen Herausforderungen entwickelt werden sollen.

ABB. 5: ERGEBNISSE ZUM HANDLUNGSFELD „GESUNDHEIT“

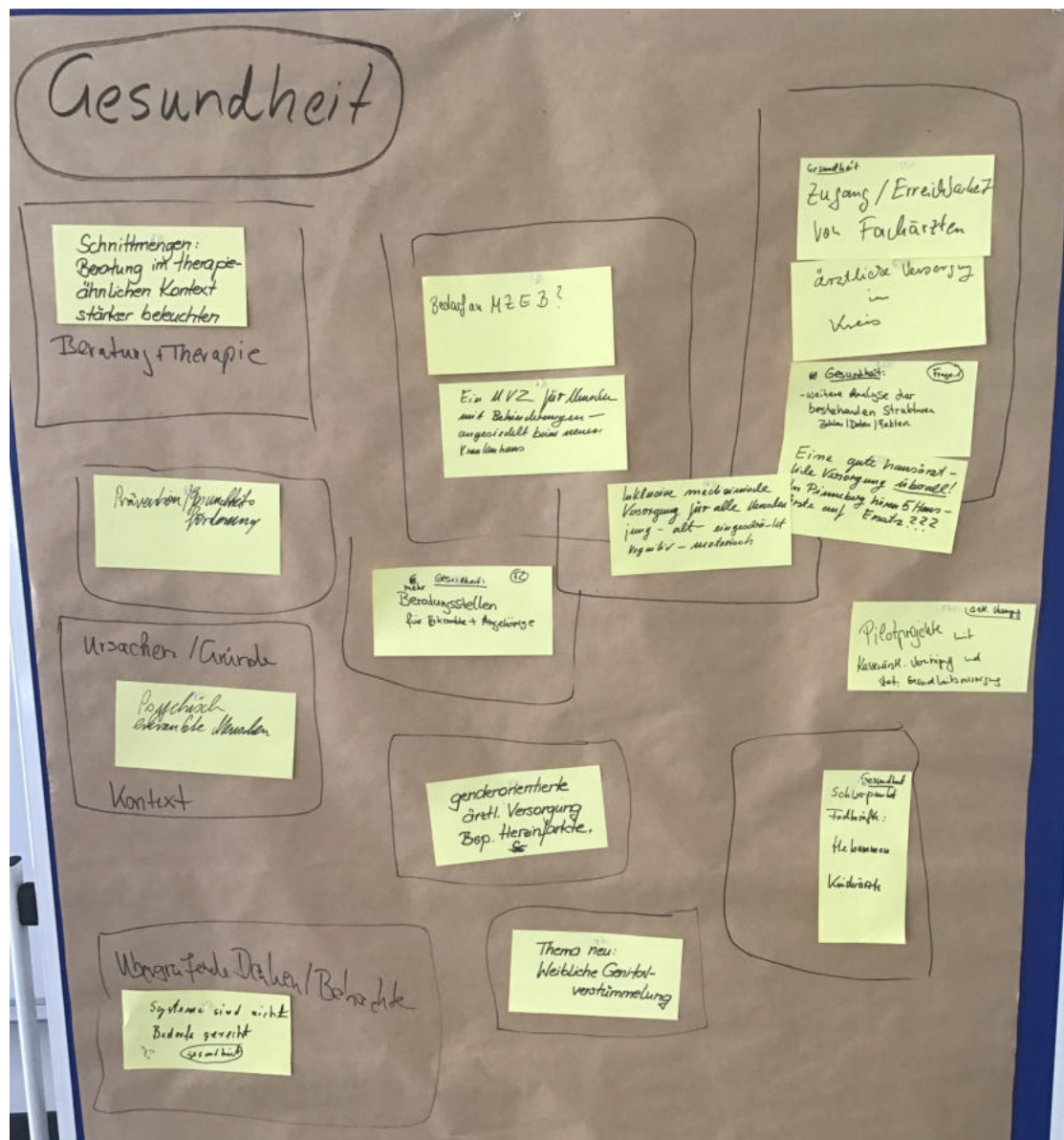
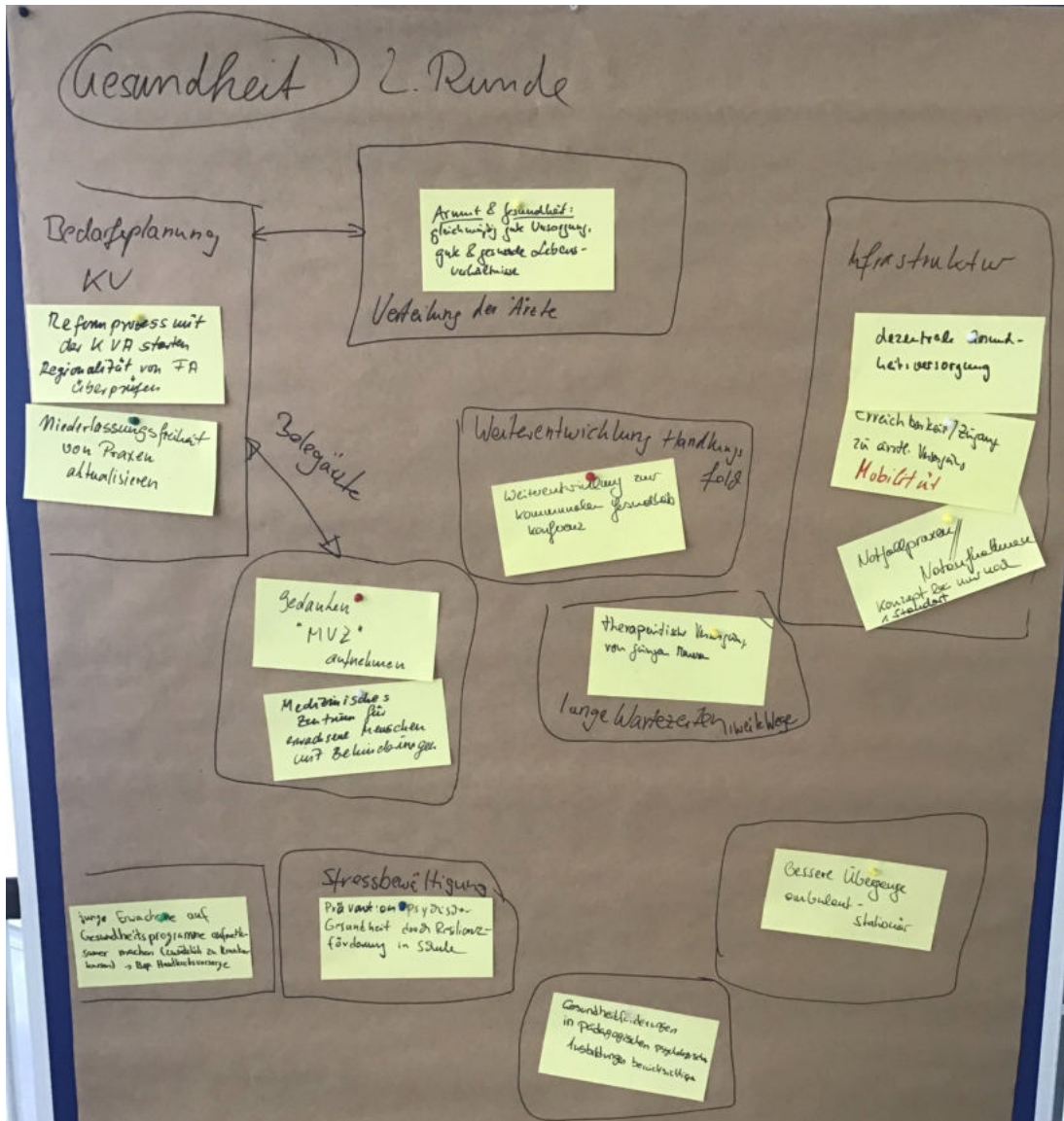


ABB. 6: ERGEBNISSE ZUM HANDLUNGSFELD „GESUNDHEIT“, 2. RUNDE



Ein wesentliches Thema im Handlungsfeld der „Pflege“ ist weiterhin die Ausbildung, Gewinnung und Bindung von Fachkräften. Fortschritte in der pflegerischen Versorgung seien nur mit ausreichend „Entwicklungspersonal“ zu erreichen. Es sollten Strategien für die Gewinnung von Fachkräften entwickelt werden, die Unterstützungsfaktoren benennen. So ist etwa die Wohnsituation von Auszubildenden oder potenziellen Fachkräften aus dem Ausland in den Blick zu nehmen und zu verbessern. Über eine Fachkräfteoffensive sollten Pflegefachkräfte für den Kreis gewonnen werden. Bei der Gewinnung ausländischer Pflegekräfte könnte es hilfreich sein, angemessene Aufgabenbeschreibungen zu verwenden, um zu verdeutlichen, dass auch nichtakademische Arbeitskräfte gesucht werden (in einigen Ländern ist die Pflege ein akademischer Beruf). Für die Gewinnung von Auszubildenden wurde vorgeschlagen, gezielte Werbeaktionen an Schulen durchzuführen.

Weiter wurde das Thema Gewalt gegen (zumeist weibliche) Pflegekräfte aufgeworfen und ein standardisierter Gewaltschutz sowie eine Bewusstseinschärfung für das Thema gefordert.

Bei der Gestaltung der Pflegeangebote sollten die Bedarfe spezieller Gruppen von Pflegebedürftigen mehr Beachtung finden, wie adipöser Menschen, junger Menschen/Kinder, psychisch erkrankter Menschen, demenzerkrankter Menschen, mehrfach-schwerstbehinderter

Menschen sowie Menschen mit schwerwiegenden Einschränkungen. In vielen dieser Fälle sind auch die Angehörigen an der Pflege beteiligt und benötigen Unterstützung. Weiter ist ein Bedarf an Kurzzeitpflegeplätzen und ergänzenden Angeboten zur stationären und ambulanten Pflege formuliert worden.

Bei der Diskussion zu verschiedenen Pflegeangeboten wurde die Frage aufgeworfen, ob klassische stationäre Angebote noch zeitgemäß seien. Ggf. sollte Energie in die Entwicklung neuer Konzepte wie z.B. Pflege-WG's investiert werden.

Auch wurde vorgeschlagen, über die Einrichtung von kommunalen Gemeindepflegestationen vor Ort nachzudenken.

Insgesamt wurde deutlich, dass der Bedarf an unterschiedlichen Pflegeleistungen aufgrund der demografischen Entwicklung in Zukunft weiter steigen wird, so dass die Frage nach der Finanzierung der Mehrbedarfe diskutiert wurde. Auch die (oft hohen) Kosten für die Pflegedürftigen selbst wurden thematisiert und vorgeschlagen, Möglichkeiten zu prüfen, die Eigenanteile zu begrenzen.

Ein zunehmend bedeutsames Thema ist in diesem Zusammenhang die Prävention von Pflegebedürftigkeit bei älteren Menschen. Ziel ist es, die Selbständigkeit so lange wie möglich zu erhalten. In diesen Bereich sollten verstärkt Ressourcen investiert werden.

Hinsichtlich der Handlungsfelder wurde auch allgemein angemerkt, dass die Thematik Ärztliche Versorgung inhaltlich besser dem Handlungsfeld Gesundheit zuzuordnen wäre. Bezeichnungen des sich daraus ergebenden Handlungsfeldes könnten z.B. „Gesundheit (-sversorgung)“ oder „Gesundheit und Ärztliche Versorgung“ sein.

ABB. 7: ERGEBNISSE ZUM HANDLUNGSFELD „PFLEGE“

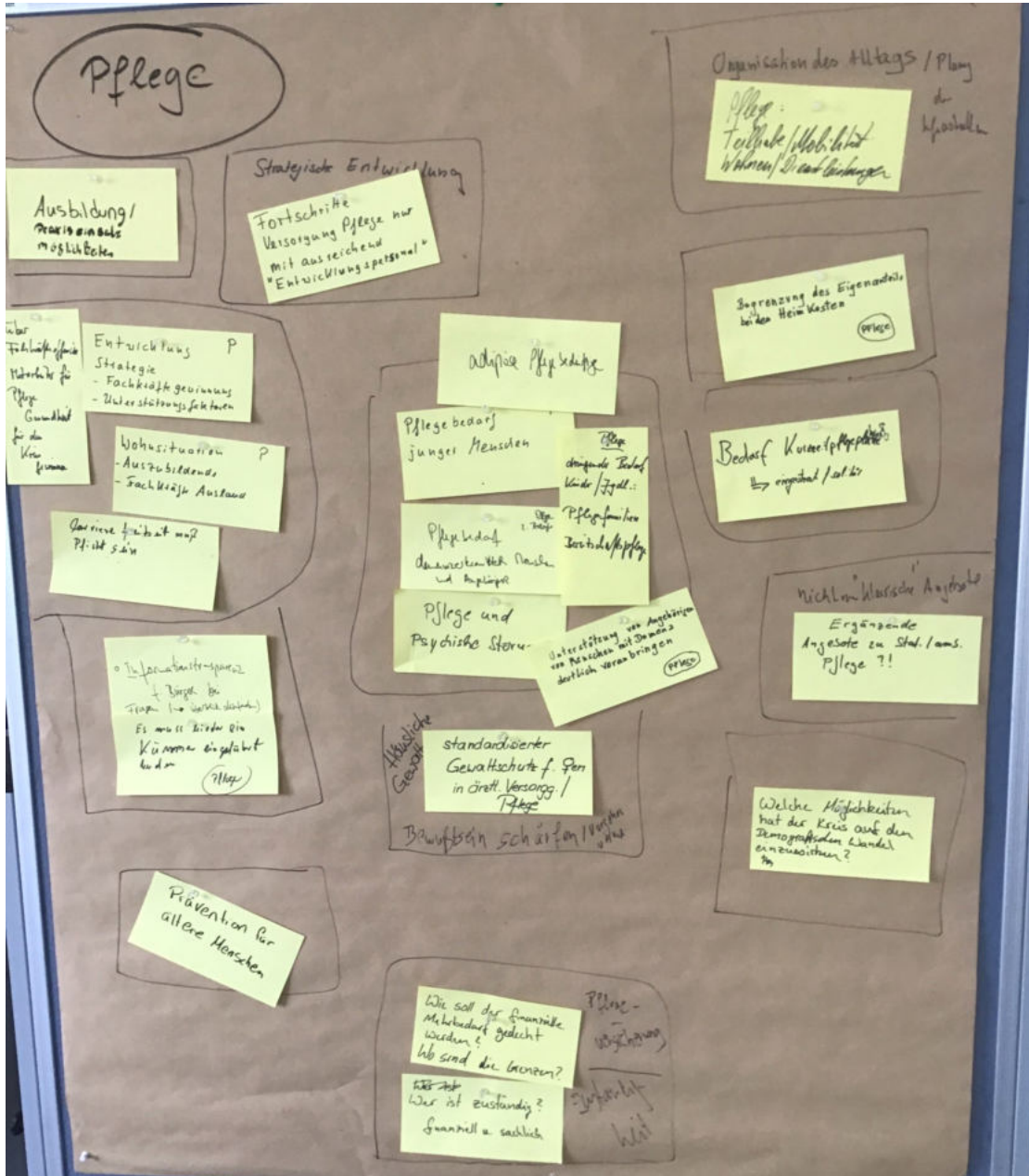
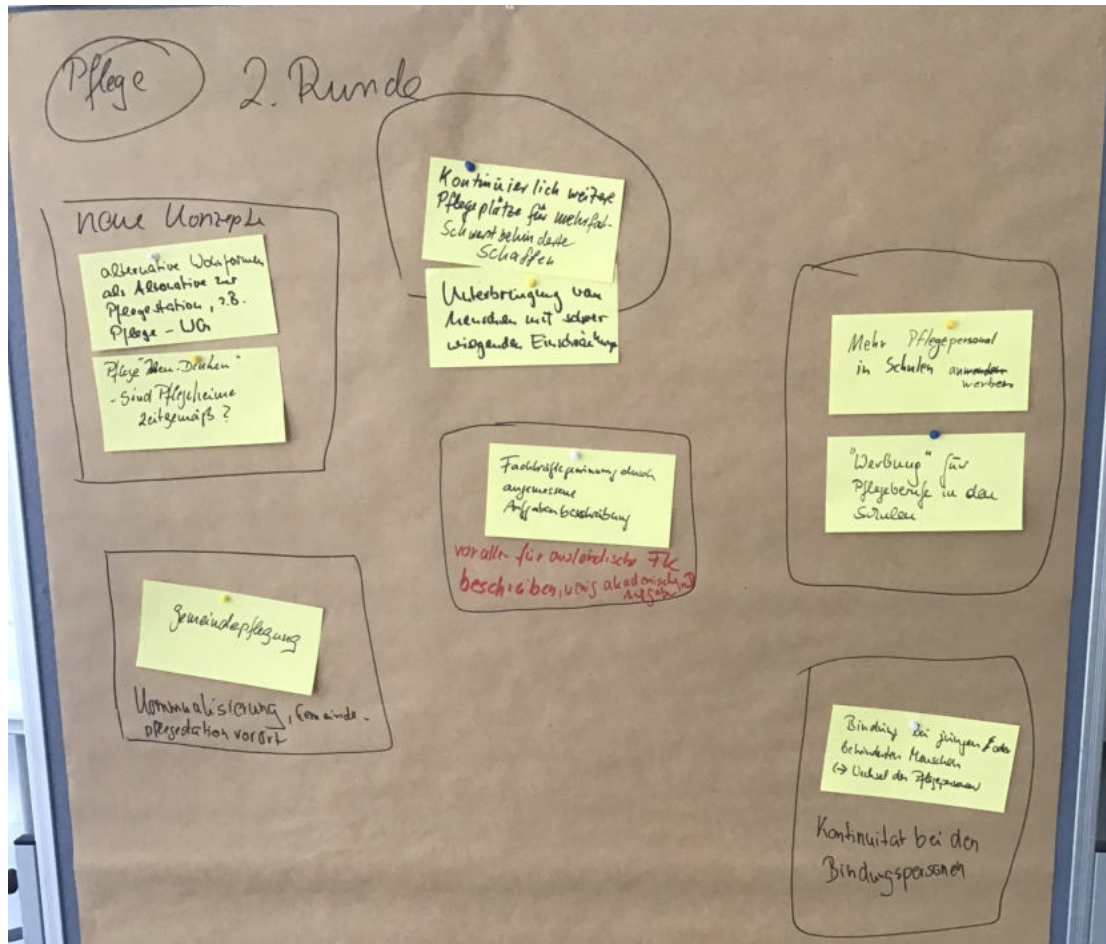


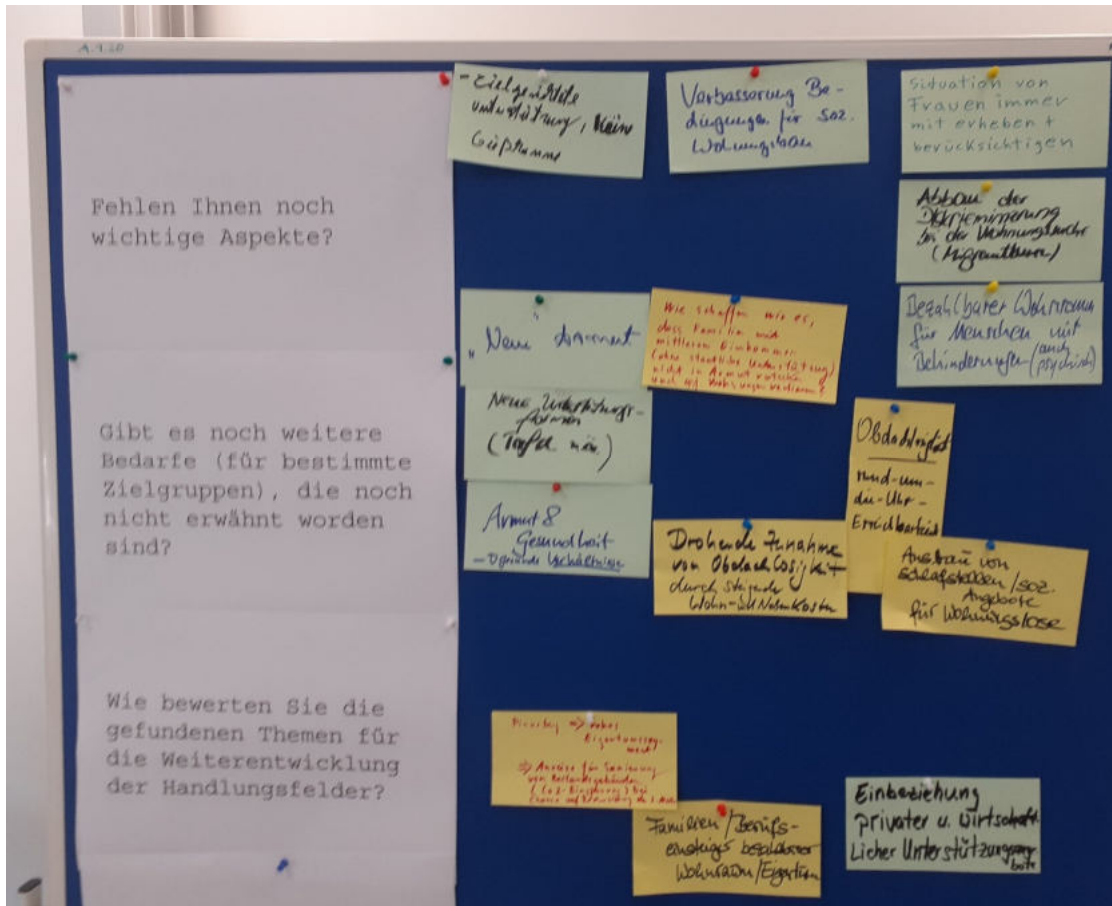
ABB. 8: ERGEBNISSE ZUM HANDLUNGSFELD „PFLEGE“, 2. RUNDE



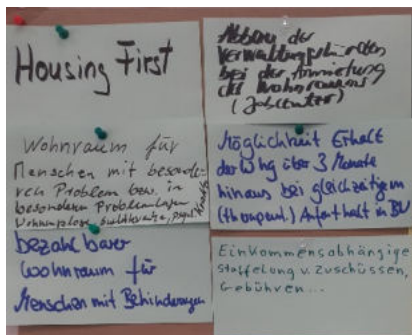
3.3. Wohnen, Armut

Übergreifend lässt sich feststellen, dass sich die Handlungsfelder „Armut“ und „Wohnen“ kaum getrennt betrachten lassen. So zeigt der Kreis Pinneberg im bundesweiten Vergleich zwar eine besonders gute Ausgangslage bei den verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen, weist aber zeitgleich ein relativ hohes Preisniveau auf (siehe auch Fokusbericht 2022). Dabei sind es insbesondere auch die hohen Wohnkosten im Kreis Pinneberg, die zu dieser Relativierung beitragen. So wurden die Handlungsfelder „Wohnen“ und „Armut“ von den Teilnehmenden auch primär gemeinsam betrachtet.

ABB. 9: ERGEBNISSE ZU DEN HANDLUNGSFELDERN „ARMUT“ UND „WOHNEN“ (1)



Ein breit diskutiertes Themenfeld stellen Hürden auf dem Wohnungsmarkt dar. Gerade Bevölkerungsgruppen, die ohnehin von Benachteiligung betroffen sind, sehen sich mit hohen Hürden im Zugang zum Wohnungsmarkt des Kreises konfrontiert. Menschen mit Behinderung, Menschen in Wohnungslosigkeit oder die von dieser bedroht sind, Menschen in öffentlicher Unterbringung, Menschen mit Migrationshintergrund und Sprachbarrieren sowie Empfänger:innen von SGB II-Leistungen, die auf die Zustimmung der Jobcenter angewiesen sind, werden explizit benannt. Aber auch für Familien und dringend benötigte Fachkräfte bestehen Hürden.

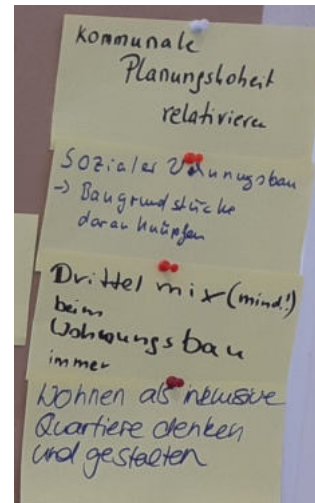


Dabei sind es insbesondere drei Themen, die die Teilnehmenden zur Senkung der Eingangshürden in den Wohnungsmarkt benennen. Zunächst brauche es Unterstützungsangebote für Menschen, die von Hürden betroffen sind. Dazu zählen auch Angebote zum begleitenden Wohnen, grade für den Übergang aus gesicherten Settings – etwa der stationären Jugendhilfe – heraus.

Dazu ist des Weiteren ein Abbau bürokratischer Hürden nötig und sinnvoll. So benennen die Teilnehmenden z.B. die lange Dauer der Bewilligungsverfahren des Jobcenters, wenn die Quadratmeterzahlen oder Mietpreise zu hoch sind. Diese führen dazu, dass zuvor verfügbare Wohnungen anderweitig vergeben werden. Auch die Dauer, mit der eine Rückkehr in den eigenen Wohnraum bei Aufenthalt in betreutem Wohnen

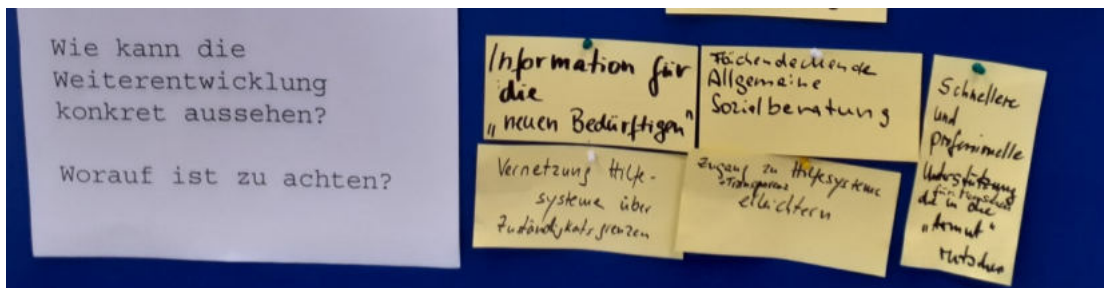
möglich ist, wird als zu kurz benannt. Viele Betroffene werden dadurch abgeschreckt, überhaupt stationäre Hilfen wie beispielsweise Therapien zu beginnen.

Schließlich betonen viele Teilnehmende, dass eine stärkere Planung über Auflagen oder Wettbewerbe in der Vergabe von Flächen nötig wären. Hierbei könnten gezielt Bedarfe formuliert werden, etwa was bauliche Voraussetzungen, soziale Durchmischung („Drittelmix“), Infrastruktur und gesunde Wohnverhältnisse betrifft. Eine „Bedarfsgerechte Wohnraumplanung“ wäre nötig, so eine Teilnehmende. Dabei werden Ortsentwicklungskonzepte als ein möglicher Ansatz benannt.



Trotz der Forderung nach vermehrter Planung einerseits, wird auch der Wunsch geäußert, Hemmnisse für das Entstehen neuen Wohnraumes andererseits zu minimieren. Grundsätzlich müsste Bürokratie abgebaut werden. Vonseiten Sozialer Träger kommt ergänzend der Hinweis, dass die veränderte Nutzung, etwa für besondere Wohnformen, über die ein Nutzungsvertrag nur für bestimmte Arten der Behinderung beschlossen wurde, einfacher möglich sein muss. Auch ein Trägerbudget, wie es etwa in Nordfriesland umgesetzt wird, kommt in diesem Zusammenhang zur Sprache.

Neben dem Schaffen neuen Wohnraumes diskutieren die Teilnehmenden aber auch, dass es gelingen muss, Menschen, die z. B. im Alter in zu großen Wohnhäusern leben, den Wechsel in eine andere, besser passende Wohnung zu ermöglichen. Gerade alleinstehende Senior:innen, so wird gemutmaßt, würden gerne auf weniger Fläche leben, finden aber keinen bezahlbaren Wohnraum in der Umgebung. Junge Familien hingegen, die gerne mehr Platz hätten, finden keine Wohnhäuser.



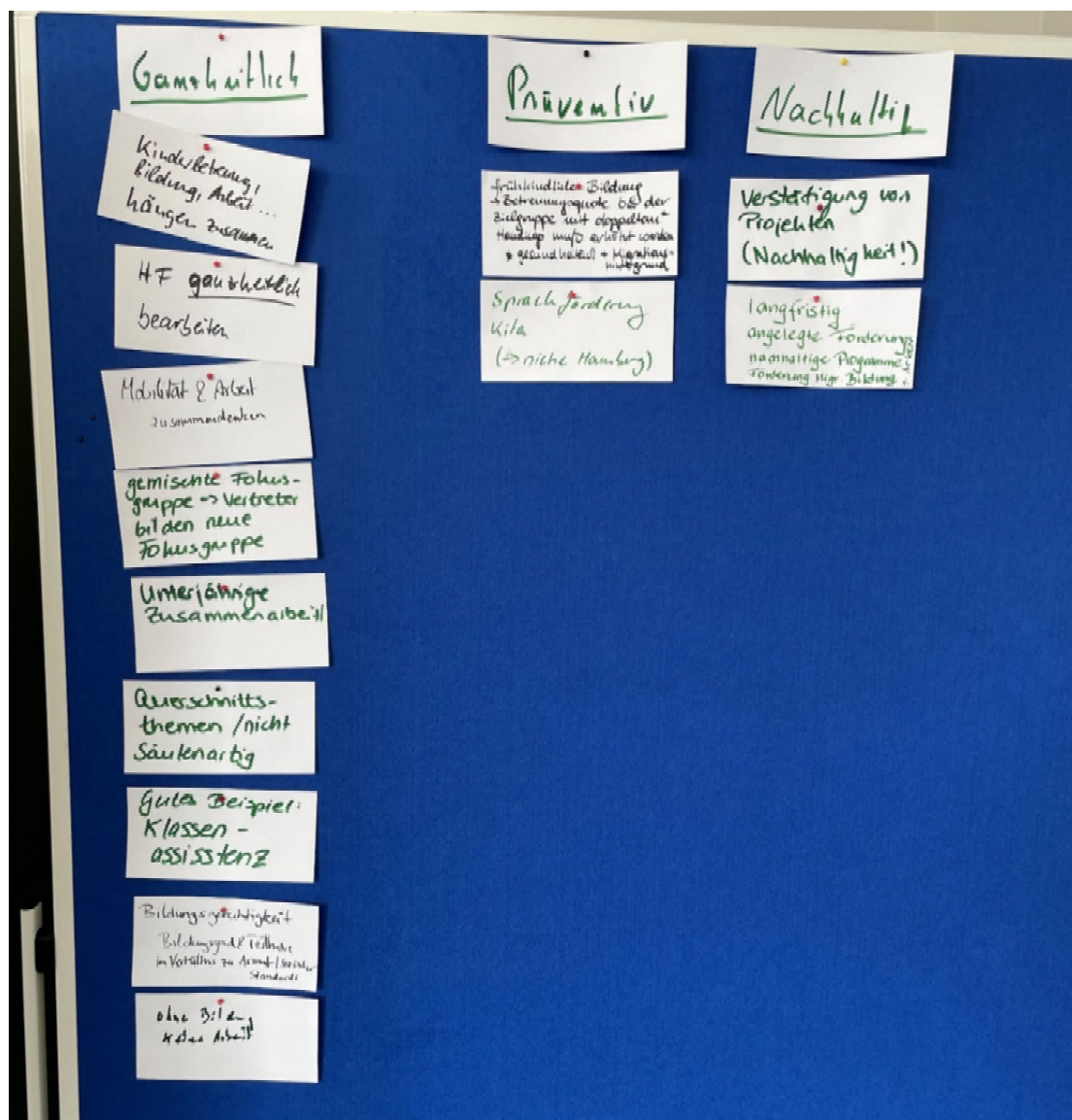
Mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen (Inflation, steigende Energiepreise) sehen die Beteiligten neben dem Thema Wohnen im Handlungsfeld der Armut insbesondere neue Gruppen, die von Armut bedroht sind. Entscheidend ist es, so die Teilnehmenden, bereits jetzt zu identifizieren, welche Bevölkerungsgruppen besonders durch die aktuellen Entwicklungen zukünftig von Armut bedroht sein werden. Es werde entscheidend darauf ankommen, diesen Gruppen Informationen zur Verfügung zu stellen und gezielte Unterstützungsangebote für diese zu entwickeln.

Trotz der absehbar höheren Armutsrisiken im Kreis beobachten die Teilnehmenden außerhalb von akuten Krisen (z. B. Ankunft Geflüchteter aus der Ukraine) einen Rückgang in den nicht öffentlichen Unterstützungssystemen wie Lebensmittelspenden an die Tafeln oder privaten Kleiderspenden. In dieser gegenläufigen Entwicklung aus geringeren nicht öffentlichen Unterstützungsmöglichkeiten bei zeitgleich neuen Armutsrisiken bestehe Handlungsbedarf für öffentliche Unterstützungsangebote.

3.4. Bildung, Arbeit

Vorbemerkung: Im ersten Workshop mit ca. 25 Teilnehmenden kamen über 50 Karten zusammen, sodass die Zeit nicht für Erläuterung aller Karten sowie für eine Systematisierung ausreichte. Im zweiten Workshop wurden zunächst die Ergebnisse aus der vorhergehenden Runde vorgestellt, dann konnten Ergänzungen vorgenommen werden. Die im Folgenden vorgestellte Systematisierung ist durch die Moderation im Nachgang erfolgt.

ABB. 11: ERGEBNISSE ZU DEN HANDLUNGSFELDERN „BILDUNG“ UND „ARBEIT“ (1)



Für beide Workshop-Gruppen war eine übergreifende, ganzheitliche Betrachtung der verschiedenen Handlungsfelder besonders wichtig. Nicht nur „Bildung“ und „Arbeit“ haben viele Überschneidungspunkte, auch zu anderen Feldern wie z.B. „Mobilität“ bestehen solche. Um diese Sicht in Zukunft stärker zu ermöglichen, wurde vorgeschlagen, die Fokusgruppen unterjährig z.B. zu mischen. Als gutes Beispiel für eine übergreifende Kooperation wurde die Einführung der Klassenassistenten genannt.

Der präventive Ansatz soll gestärkt werden, alle waren sich einig, dass sich die Investitionskosten dieses Ansatzes durch die deutliche Verringerung von Folgekosten amortisieren werden. Im Fokus steht demgemäß hier die frühkindliche Bildung, bei der z.B.

Kinder mit mehreren Handicaps eine bessere Betreuungsquote benötigen. Auch die Sprachförderung muss so früh als möglich beginnen.

Nachhaltigkeit war eine weitere Zielsetzung der Teilnehmenden. Insbesondere geht es hier um die Verstetigung von Projekten in reguläre Maßnahmen. Bei den üblichen Projektlaufzeiten von wenigen Jahren gehen immer wieder Know-how, Routinen und Motivation (wegen der unsicheren Zukunftsperspektiven) verloren.

Thematisch standen die Herausforderungen des Fachkräftemangels stark im Fokus. Hierzu wurde eine Vielzahl von Vorschlägen entwickelt sowie auf bereits bestehende gute Angebote verwiesen (insbesondere die praxisorientierte Ausbildung – PIA – und das Stipendienmodell für Erzieher:innen). Bei den Vorschlägen stand die Aktivierung von vorhandenen, aber bisher nicht gehobenen Potenzialen im Vordergrund. Dazu gehören insbesondere Frauen mit Migrationshintergrund sowie Menschen mit Behinderungen. Auch sollten Qualifizierungsmaßnahmen durch z.B. Modularisierungen durchlässiger werden. Arbeitsplätze im Sozialbereich benötigen eine größere Attraktivität durch bessere Vergütungen und wertschätzendem Betriebsklima.

Ein zweiter Fokus lag auf dem Übergang von Schule zu Beruf. Hierzu haben die teilnehmenden Schüler:innen einiges beigetragen. Vor allem haben sie darauf hingewiesen, dass sie zwar einerseits mit berufsorientierten Inhalten „überschwemmt“ würden, andererseits aber überhaupt keine Instrumente bekämen, mit deren Hilfe sie ihre Berufswünsche und ihre Fähigkeiten identifizieren könnten. So blieben sie komplett orientierungslos in der Masse von Informationen. Erschwert werde die Situation durch fehlende Praktika, deren Anzahl in der Pandemie deutlich gesunken ist. Insgesamt wurde eine frühere (Prävention!) und bessere Vorbereitung der Schüler:innen auf das Berufsleben gefordert, auch durch eine intensiviertere, individualisierte und kontinuierliche Berufsberatung in den Schulen selbst. Von den Fachkräften wurde ein „Abschmelzen des Übergangssystems“ in die Diskussion eingebracht. Aus dieser Sicht gibt es weiterhin eine Vielzahl von sich überschneidender Angebote. Weiter spielt bisher Inklusion eine zu geringe Rolle in dem Übergang.

ABB. 13: ERGEBNISSE ZU DEN HANDLUNGSFELDERN „BILDUNG“ UND „ARBEIT“ (3)



Migration spielte immer eine große Rolle. Das Thema war in fast allen Diskussionspunkten ein Thema. Dabei stand vor allem die Sprachförderung im Fokus, darüber hinaus wurde eine auf diese – sehr heterogene – Zielgruppe zugeschnittene Begleitung in Praktika, während der Ausbildung oder in Qualifizierungsmaßnahmen vorgeschlagen.

Darüber hinaus gab es eine Vielzahl von Einzelpunkten, wie z.B. die Konzentration der Beratung auf Kinder und Jugendliche vor Ort in den Kitas, Schulen und Freizeiteinrichtungen. Auch wenn der systemische Ansatz mit dem Blick auf die ganze Familie durchaus eine Berechtigung habe, so wäre aus dieser Sicht erfolgsversprechender, wenn die Kinder als Individuen beraten würden. Maßnahmen und Aufklärung zum Gewaltschutz wurden gefordert. Und es sollten die informellen Bildungsprozesse bei allen Konzeptionen und deren Realisierungen mitgedacht werden.

Themenfelder und Handlungsbedarfe dahinter verbergen. Dies führte zu dem gegenteiligen Plädoyer, die aktuelle Aufteilung der Handlungsfelder so zu belassen.

Allgemein wurde darauf hingewiesen, dass das Budget für Integrationsmaßnahmen auskömmlich sein sollte und dass andererseits alle Maßnahmen auch auf ihre Wirkung hin evaluiert werden sollten, um dann eher mit Blick auf erfolgreiche Ansätze zu bündeln statt immer weiter aufzufächern. In dem Zusammenhang wurde auch Definitionsbedarf angemeldet: Was genau ist „erfolgreiche Integration“ eigentlich?

Mit Blick auf aktuell noch ungedeckte Bedarfe (Frage 2) gab es die meisten Nennungen zum Thema Sprachförderung. So wurde z.B. Bedarf gesehen, die Sprachförderung im vorschulischen Bereich sowie für Grundschulkindern weiter auszubauen und dabei auch die Eltern / Familie bzw. Menschen mit Behinderung mitzudenken (z.B. Sprachförderung als Ansatz auch in WfbM). Von Seiten der Kreispolitik wurde darauf hingewiesen, dass im Bereich Sprachförderung aktuell schon sehr viel geschehe. Weiterhin wurde eine ausreichende Kinderbetreuung als Voraussetzung für die Integration in den Arbeitsmarkt gesehen sowie insgesamt ausreichende Betreuungsplätze für Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund als zentraler Ansatzpunkt für Integration (Stichwort: Sozialstaffel Ganztagesbetreuung).

Weitere noch ungedeckte Bedarfe wurde darüber hinaus darin gesehen, dass mehr Räume für Begegnung / interkulturelle Räume geschaffen werden müssten, dass es insgesamt mehr Durchmischung sowie auch eine gerechte räumliche Verteilung geben müsste.

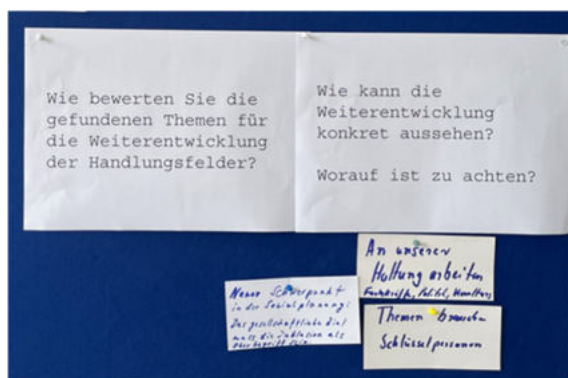
Mit Blick auf andere Schwerpunkte (Frage 3) wurden Rassismus, (Mehrfach-)Diskriminierung (Intersektionalität) und Gewaltschutz genannt, als Gruppen Illegale und Menschen aus Südosteuropa sowie als Themen Fachkräfte-Zuwanderung und die Förderung der Toleranz der „Altbevölkerung“.

leiden. Hier könnten gezielte Anreize (Stichwort: Budget für Arbeit, Budget für Ausbildung) geschaffen sowie über erfolgreiche Inklusions-„Geschichten“ gezielt Vorurteile in den Betrieben abgebaut und der Arbeitsmarkt für Menschen mit (Schwer-)Behinderung geebnet werden. Dies betrifft auch und insbesondere Menschen mit seelischen Behinderungen, denen man ihre Behinderung nicht unbedingt ansieht und wo derzeit noch viele Vorurteile herrschen. Als Nachtrag zum Workshop wurden zwei weitere Punkte betreffend die Weiterentwicklung des Handlungsfeldes eingebracht, nämlich, dass Selbsthilfe insgesamt mehr Unterstützung finden sollte und dass es mehr Unterstützung für Sehbehinderte und Blinde braucht.

Ungedeckte Bedarfe (Frage 2) zeigten sich nach Auffassung der Teilnehmenden vor allem im Bereich der Frühförderung (fehlender Angebote für unter 3-Jährige, Wartezeiten) sowie der Schnittstelle von heilpädagogischer und sozialpädagogischer Förderung sowie auch der Schnittstelle zur Sprachförderung. Insgesamt wurde bemängelt, dass es im aktuellen System der Sozialleistungen neben der Ausrichtung auf bestimmten Zielgruppen (Migration versus Behinderung) über die Lebensspanne eines Menschen mit Behinderung immer wieder zu Brüchen komme, z.B. am Übergang Kita – Schule oder Schule – Beruf. Hier wäre es gut, wenn Angebote stärker gebündelt und „aus einer Hand“ angeboten würden. Dies versucht u.a. das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG), das die Zuständigkeit für Kinder und Jugendliche mit Behinderung künftig beim Jugendamt und nicht beim Sozialamt ansiedelt.

Weiterhin wurde bemängelt, dass Betroffene viel zu wenig in die planerischen und politischen Prozesse eingebunden würden (nur 1 Mensch mit Schwerbehinderung als Workshop-Teilnehmer) und dass auch hier Räume für Begegnung und Kennenlernen fehlten. Zusammen mit der Erreichbarkeit von Maßnahmen für die Betroffenen (Stichwort: Barrierefreiheit, die überall mitgedacht werden müsse), und zwar nicht nur für Rollstuhlfahrer:innen, sondern auch für Menschen mit Sinnesbehinderungen – Blinde, Gehörlose – sowie Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen (Stichwort: Einfache Sprache) sollten Informationen und Zugang für alle Betroffenen erleichtert werden.

Zur Frage nach anderen Schwerpunkten im Handlungsfeld (Frage 3) wurden genannt: Gewaltschutz für Menschen mit Behinderung, Hilfen bei der eigenen Akzeptanz der Behinderung sowie die Erweiterung von Inklusion auch auf die sexuelle Bestimmung („non binär“) sowie nochmals der Hinweis auf einen aktuell noch wenig inklusiven Arbeitsmarkt mit der Notwendigkeit, Inklusion in Unternehmen noch stärker zu fördern.



Die abschließende Frage „Worauf ist künftig zu achten?“ erbrachte den Hinweis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops 2, dass alle Beteiligten – Fachexperten, Politik, Verwaltung – mit Blick auf Inklusion (im weiteren Sinne) noch an ihrer („unserer“) Haltung arbeiten müssten und dass es Schlüsselpersonen brauche, die die verschiedenen Themen im Handlungsfeld mit Leben füllten. Abschließend gaben die

Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Hinweis, dass die Sozialplanung Inklusion als Oberbegriff im Sinne eines übergeordneten gesellschaftlichen Ziels behandeln sollte.

4. Diskussion aktueller Themen der Sozialpolitik

In einer zweiten Arbeitsphase wurden weitere aktuelle Themen der Sozialplanung im Kreis Pinneberg in Workshops diskutiert und Ideen für Weiterentwicklungen gesammelt. Zunächst wurde dabei jeweils von der Moderation ein kurzer Input zum jeweiligen Thema gegeben. Im nächsten Schritt fand jeweils eine offene Diskussion und Sammlung von Ideen zur Weiterentwicklung statt. Leitfragen dabei waren:

- ▣ Welche Aufgaben bzw. Herausforderungen ergeben sich für die Sozialplanung?
- ▣ Was fehlt? Wo gibt es „blinde Flecken“?
- ▣ Wie und in welcher Form kann an dem Thema weitergearbeitet werden?

Die Ergebnisse der Workshops sind im Folgenden dargestellt.

4.1. Evaluation der Sozialplanung

Von November 2021 bis Mai 2022 fand eine Evaluation des Systems der Sozialplanung im Kreis Pinneberg statt. Die Ergebnisse und die Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit der Sozialplanung waren Thema dieses Workshops.

ABB. 16: FACTSHEET: AKTUELLER STAND ZUM THEMA „EVALUATION DER SOZIALPLANUNG“

Zweite Sozialplanungskonferenz des Kreises Pinneberg

Evaluation der Sozialplanung

▶ Methodik, Ergebnisse und Handlungsansätze

Methodik

- ▶ Dauer von 11/21 bis 05/22 - Untersuchung des Systems der Sozialplanung auf Unterstützung der politisch vorgegebenen Ziele
- ▶ Befragt: 43 Stakeholder
- ▶ 36 in 5 Interviews und einer Online-Umfrage
- ▶ 6 externe Fachexperten

Fazit der Stakeholder

<ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Bundesweiter Vorreiter <input type="checkbox"/> Breite Partizipation <input type="checkbox"/> Hohe Transparenz <input type="checkbox"/> Verbindung mit Haushalts- und Finanzplanung <input type="checkbox"/> Schnellere politische Entscheidungsprozesse möglich <input type="checkbox"/> Potentiale: <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Strategieentwicklung mit Kommunen <input type="checkbox"/> Stärkere Anbindung o. Fachplanungen 	<ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Ein Drittel: Strukturziele umgesetzt <input type="checkbox"/> Knapp zwei Drittel: Näher an strategischen Zielen <input type="checkbox"/> Schulnote 2,9 <input type="checkbox"/> Am nützlichsten: Der Dialog selbst <input type="checkbox"/> Mehr Einbindung von Perspektiven der Zielgruppen gewünscht <input type="checkbox"/> Mehr Nutzung für politische Entscheidungsfindung 	<ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Die Verwaltung muss sich an wandelnde Herausforderungen anpassen können <input type="checkbox"/> Innovation und Demokratie entstehen durch Steuerungsstrukturen, die auf Wandel eingehen
Fachexperten	Stakeholder	Evaluatorin

Handlungsansätze

- ▶ Agilere Steuerung und Strukturen
- ▶ Beratung der Handlungsempfehlungen
- ▶ Mehr Ressourcen für Partizipation
- ▶ Direkten Dialog stärker fokussieren
- ▶ Fokusgruppen stärker begleiten
- ▶ Digitale Tools bedarfsorientiert optimieren
- ▶ Distanz zur Politik überwinden
- ▶ Betroffene und Adressaten systematisch beteiligen
- ▶ Kommunen ins Boot holen
- ▶ Strategische Steuerung optimieren



PERSPEKTIVEN
für soziale Entwicklung und Steuerung
Kreis Pinneberg

Ableitet aus den Ergebnissen der Evaluation wurden verschiedene Vorschläge für eine Weiterentwicklung der Sozialplanung formuliert.

Zunächst einmal wurde vorgeschlagen, die verschiedenen sozialpolitischen Themen weniger versäult, sondern mehr integriert zu bearbeiten. Querschnittsthemen seien zu beachten. Dazu sollten Fokusgruppen auch einmal gemischt werden. Gleichzeitig könnten bestimmte Einzelthemen gesondert bearbeitet und z.B. Extra-Veranstaltungen durchgeführt werden.

Zudem sollten die Bewertungskriterien für die Handlungsempfehlungen auch für die Fokusgruppen nutzbar gemacht werden.

Weiter wünscht man sich, die Distanz zur Politik zu verringern. Dazu sollte mehr Kontakt zwischen Fokusgruppen und Politik hergestellt werden, indem etwa die Fokusgruppen häufiger an politischen Ausschüssen teilnehmen und Bericht an die Kreispolitik erstatten.

Insgesamt wäre mehr Transparenz über die Arbeit der Fokusgruppen wünschenswert. Dafür könne z.B. das Portal genutzt werden. Die Sozialplanung müsse vor allem den Kommunen und freien Trägern nähergebracht werden, wobei Sinn und Nutzen der Sozialplanung aufzuzeigen sind. Dazu könne die Herausstellung erfolgreicher Beispiele beitragen.

Bei der Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus der Sozialplanung sollte es eine engere Zusammenarbeit zwischen Kreis und Kommunen geben, wofür eine gute Information und ein Verständnis Voraussetzungen darstellen.

Die Politik wünscht sich ihrerseits mehr Informationen zur Datenlage zu bestimmten Themen sowie die Möglichkeit, schnell und unkompliziert Daten bzw. Auswertungen zu bestimmten Themen erhalten zu können.

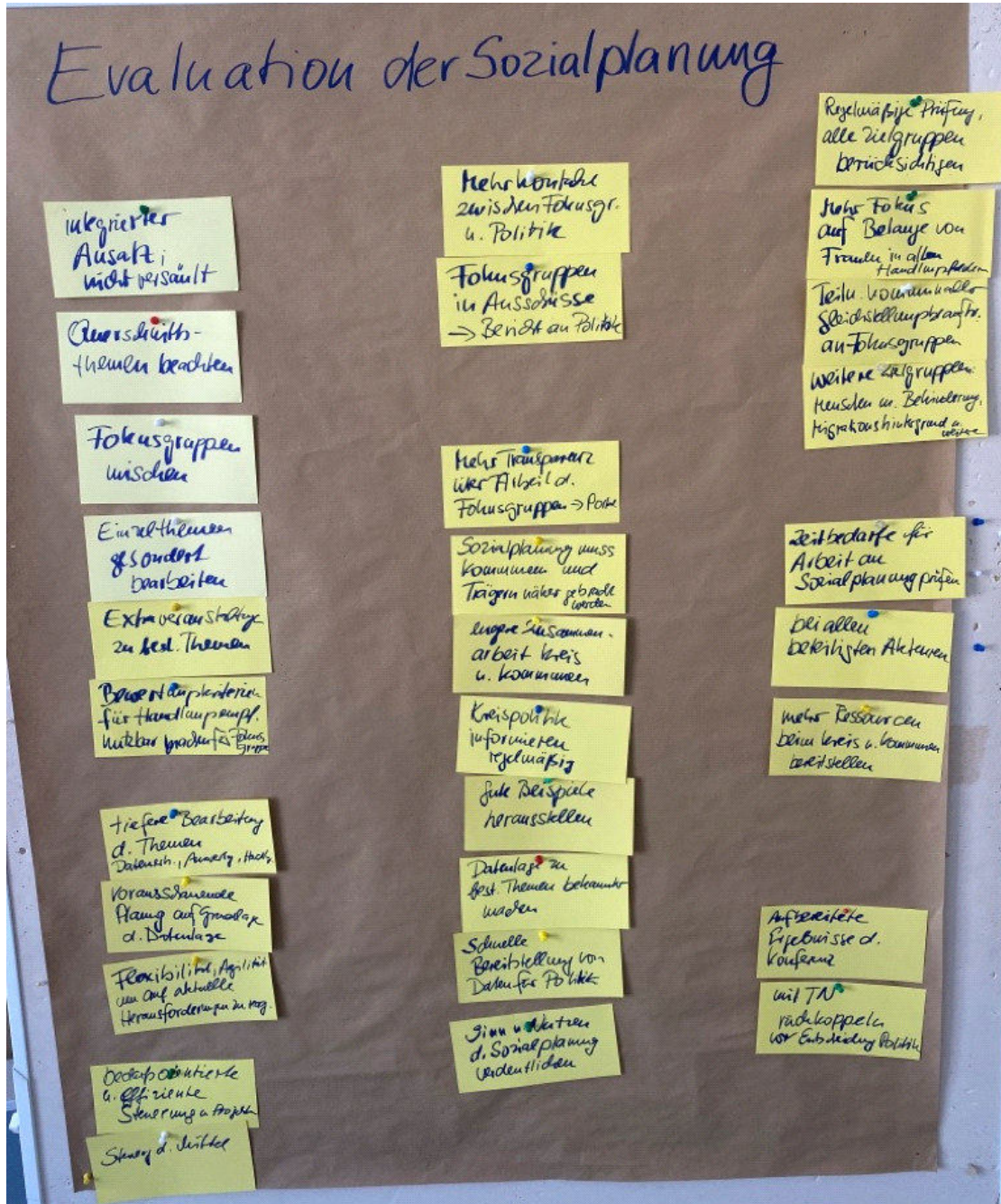
Verbesserungsbedarf wird noch gesehen in der Bearbeitungstiefe der Sozialplanung, angefangen von der Datenerhebung über die Datenauswertung bis hin zur Ableitung von Handlungsempfehlungen zu bestimmten Themen. Insgesamt solle eine vorausschauende Planung auf Grundlage der Daten angestrebt werden, die jedoch gleichzeitig das flexible Reagieren auf aktuelle Herausforderungen zulasse. Im Ergebnis sollten die Erkenntnisse der Sozialplanung zu einer passgenaueren Verteilung der (begrenzten) Mittel führen, z.B. zu einer effizienteren und bedarfsgerechteren Steuerung von Projekten.

Es wurde konstatiert, dass die Arbeit im System der Sozialplanung nicht unerhebliche Zeitressourcen von den Beteiligten erfordert. Hier sollte noch einmal überprüft werden, welche Kapazitäten tatsächlich benötigt werden. Wenn erforderlich, sollten die Kapazitäten angepasst werden, so die Ansicht der Teilnehmenden. In den Kommunen brauche es in jedem Fall mehr Kapazitäten für Arbeit im Rahmen der Sozialplanung, so die Einschätzung.

Zur inhaltlichen Ausrichtung der Sozialplanung wurde die Berücksichtigung der Belange aller relevanter Zielgruppen angemahnt. Dies sollte regelmäßig überprüft werden. Neben der Berücksichtigung der speziellen Bedarfe von Frauen, was durch die Beteiligung von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in den Fokusgruppen erreicht werden könnte, sollten z.B. auch Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund nicht aus dem Blick geraten.

Schließlich wurde der Wunsch geäußert, die aufbereiteten Ergebnisse der 2. Sozialplanungskonferenz zunächst mit den Teilnehmer:innen rückzukoppeln, bevor sie zur Entscheidung in die Politik gegeben werden.

ABB. 17: WORKSHOP-ERGEBNISSE „EVALUATION DER SOZIALPLANUNG“



Evaluation der Sozialplanung

integrierter
Ausatz; nicht versaut

Querschnitts-
themen beachten

Fokusgruppen
wünschen

Einzelthemen
als Sondert
bearbeiten

Extraveranstaltung
zu best. Themen

Prüfungskriterien
für Handlungsauffg.
weiter präzisieren

tieferer Bearbeitung
d. Themen
Datensatz, Anmerk., etc.

Voraussetzung
Planung auf Grundlage
d. Datenlage

Flexibilität, Agilität
von auf aktuelle
Herausforderungen zu

Ökonomie
u. effiziente
Steuerung a. Prozess

Stärkung d. Mittel

Mehr Vernetzung
zwischen Fokusgr.
u. Politik

Fokusgruppen
in Ausschüsse
→ Bericht an Politik

Mehr Transparenz
über Arbeit d.
Fokusgruppe → Politik

Sozialplanung muss
Kommunen und
Trägern näher gebracht
werden

engere Zusammenarbeit
Arbeit Kreis
u. Kommunen

Kreispolitik
informieren
regelmäßig

Gute Beispiele
herausstellen

Datenlage zu
best. Themen bekannt
machen

Schnelle
Bereitstellung von
Daten für Politik

Sinn und Nutzen
d. Sozialplanung
verdeutlichen

Regelmäßige Prüfung,
alle Zielgruppen
berücksichtigen

Mehr Fokus
auf Belange von
Frauen in allen
Handlungsfeldern

Teile von Kommunen
gleichzeitig auftr. auf
an Fokusgruppen

Weitere Zielgruppen
kennen u. Bekanntheit
hintergrund a. ...

Zeitbedarfe für
Arbeit an
Sozialplanung prüfen

Bei allen
beteiligten Akteuren

Mehr Ressourcen
dem Kreis u. Kommunen
bereitstellen

Aufbereitete
Ergebnisse d.
Konferenz

mit TN
rückkoppeln
vor Entscheidung Politik

4.2. Folgen der Pandemie

Die Folgen der Corona-Pandemie zeigten sich in der Sammlung im Workshop sehr vielfältig und lassen sich in allen Lebensbereichen erkennen. Zwei Themenfelder stellten sich als besonders bedeutsam für einen sehr großen Teil der Teilnehmenden dar.

ABB. 18: FACTSHEET: AKTUELLER STAND ZUM THEMA „AUSWIRKUNGEN DER PANDEMIE“

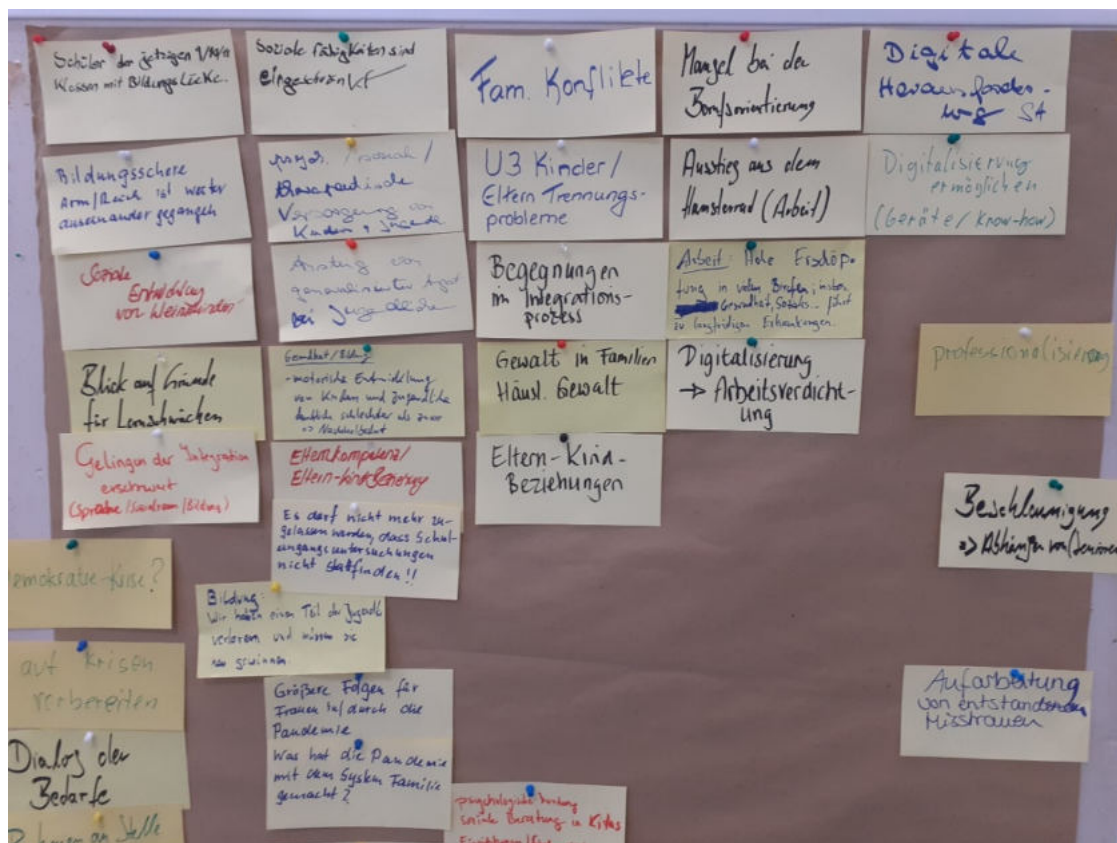


Zunächst ist es insbesondere das Leben von Familien, dass sich maßgeblich geändert hat. Konflikte bis hin zur häuslichen Gewalt in der Familie betreffen dabei alle Familienmitglieder, insbesondere Frauen. Für Familien mit Kindern sind es darüber hinaus insbesondere die schulischen Lücken die sich auf das familiäre Miteinander auswirken. Nicht nur inhaltliche Lücken und Lernrückstände, sondern auch fehlende Schuleingangsuntersuchungen, mangelnde Digitalisierung der Schulen und fehlende Berufsorientierung machen sich bemerkbar, so berichteten sowohl Betroffene als auch Professionelle, die am Workshop teilnahmen. Auch im Bereich der sprachlichen Entwicklung und der Motorik sind Defizite auszumachen.

Darüber hinaus hat sich in der Pandemie eine grundlegendere Fragilität sozialer Unterstützungssysteme herauskristallisiert. Die zunehmende Verdichtung von Arbeit durch die Pandemie aber auch durch Digitalisierung macht sich nun bemerkbar und führt nicht nur im Bereich der Pflege, sondern im gesamten Sektor der Sozialen Arbeit zu Ausfällen und Personalmangel. Dieser wird durch politische Rahmenbedingungen verschärft. So sind es insbesondere die unsicheren Arbeitsbedingungen von Projektförderungen, die sich in der Krise und ihren Auswirkungen als nicht durchhaltbar gezeigt haben und zeigen. Auch der Einsatzbereich von Ehrenamtlichen, welcher durch die Pandemie zurückgegangen ist, muss wiederaufgebaut werden oder sogar durch professionelle Unterstützungsangebote, die auch im Krisenfall bestehen bleiben, ersetzt werden.

Die Folgen der Pandemie zeigen sich somit in erhöhten oder veränderten Herausforderungen, die zugleich auf erschöpftes oder überlastetes Personal treffen. Auf dieses Spannungsfeld gilt es eine Antwort zu finden.

ABB. 19: WORKSHOP-ERGEBNISSE „FOLGEN DER PANDEMIE“



4.3. Gesundheitsversorgung

ABB. 20: FACTSHEET: AKTUELLER STAND ZUM THEMA „GESUNDHEITSVERSORGUNG“

Zweite Sozialplanungskonferenz des Kreises Pinneberg

Gesundheitsversorgung

► Mehr Aufmerksamkeit seit der Pandemie 

Zahlen, Daten, Fakten

- Gesamtbevölkerung 318.326, Prognose bis 2030: 325.800
- Ab 70 Jahren: Gruppe mit größtem Wachstum – von 53.916 auf 59.800 bis 2030
- 103 Hausärzte
- 22 Kinder- und Jugendärzte
- 64 Psychotherapeuten
- 1 Pflegestützpunkt
- 2 Krankenhausstandorte in Pinneberg und Elmshorn
- Nutzung der ärztlichen Infrastruktur in Hamburg

Aspekte gesundheitlicher Versorgung



- 2021 Fokusgruppe Gesundheitsversorgung
- Projekt Regio 2030- Neubau eines Zentralkrankenhauses im Kreis Pinneberg
- Umsetzung als Modellprojekt zur Zukunft der medizinischen Versorgungsstrukturen (neu: Zuständigkeit Justizministerium)
- Sektorenübergreifende Versorgung
- Kommunale Gesundheitskonferenz als zentrales Koordinationsgremium
- Ausbau Pflegemonitoring – Fachbericht Pflege
- Ausbau Gesundheitsmonitoring

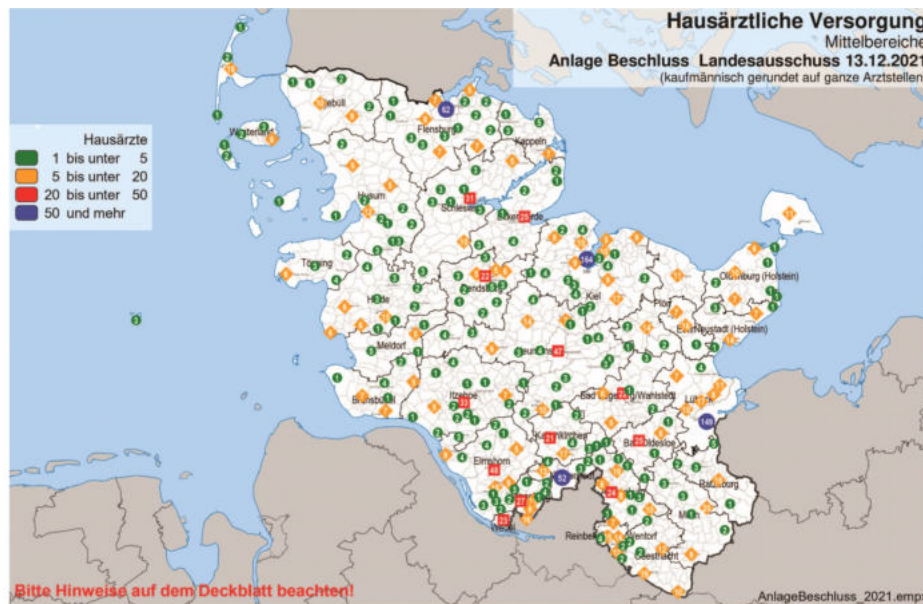
Ideen für die Zukunft

- Gesamtüberblick über die Versorgungssituation
- Gestaltung von Schnittstellen
- Präventive Ausrichtung
- Regelmäßige Bedarfserhebungen und -analysen
- Gesundheitsleitbild




PERSPEKTIVEN
für soziale Entwicklung und Steuerung
kreis pinneberg

ABB. 21: HAUSÄRZTLICHE VERSORGUNG IN SCHLESWIG-HOLSTEIN



Für die Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung im Kreis Pinneberg wurde eine Reihe von Vorschlägen gesammelt. Ein Teil der Beiträge bezog sich auf den Ausbau der sektorenübergreifenden Versorgung in Form von Gesundheitszentren oder medizinischen Versorgungszentren, etwa für Menschen mit Behinderung.

Das Thema Inklusion rückt bei der Gesundheitsversorgung mehr in den Fokus. Barrieren sollten abgebaut und ein besseres Eingehen auf Menschen mit Behinderung im Gesundheitswesen befördert werden.

Verstärkte Bedarfe werden zudem bei der Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen und Suchterkrankungen gesehen. Entsprechende Angebote sollten ausgebaut und die Strukturen und Prozesse optimiert werden. So wird z.B. der Übergang von stationärer zu ambulanter Versorgung in diesem Bereich als verbesserungswürdig angesehen.

Die Schaffung von Angeboten sollte sich an den Bedarfen orientieren. Dazu sind regelmäßige datenbasierte Bestandsaufnahmen und Prognosen nötig.

Weiter wurde die Verbesserung der Erreichbarkeit medizinischer bzw. gesundheitlicher Angebote thematisiert. Dazu gehört zum einen der Ausbau der Barrierefreiheit, aber auch der Infrastruktur zur Mobilität. Darüber hinaus ist aber auch die ärztliche Versorgung in den Regionen in den Blick zu nehmen. Niederlassungen sollten durch verschiedene Maßnahmen gefördert werden, aber auch die Bedarfsermittlung der Kassenärztlichen Vereinigungen sei zu überprüfen. Auch der Bereich der Schwangerenversorgung ist durch einen Fachkräftemangel bei Hebammen betroffen. Hier gelte es mittels Fachkräfteoffensive Fachkräfte zu gewinnen und langfristig zu binden.

Für die Verbesserung der Gesundheitsversorgung sollten zudem die Potenziale der Digitalisierung besser ausgeschöpft werden. Beispiele hierfür sind digitale Gesundheitsangebote wie Beratungen und Trainings oder auch digitale Arztgespräche. Dadurch könnte auch eine Entlastung der Kapazität von Ärzten erreicht werden.

Als wichtiges Thema für die Zukunft wird der Ausbau von Prävention und Gesundheitsförderung angesehen. Beim Ausbau sollten alle Lebensbereiche und alle Zielgruppen mitgedacht werden.

Insgesamt sollte Gesundheitsversorgung mehr sozialräumlich gedacht werden, etwa durch die Schaffung von ergänzenden, niedrigschwelligen und präventiven bzw. gesundheitsfördernden Angeboten zur rein medizinischen Versorgung.

ABB. 22: WORKSHOP-ERGEBNISSE „GESUNDHEITSVERSORGUNG“ (1)

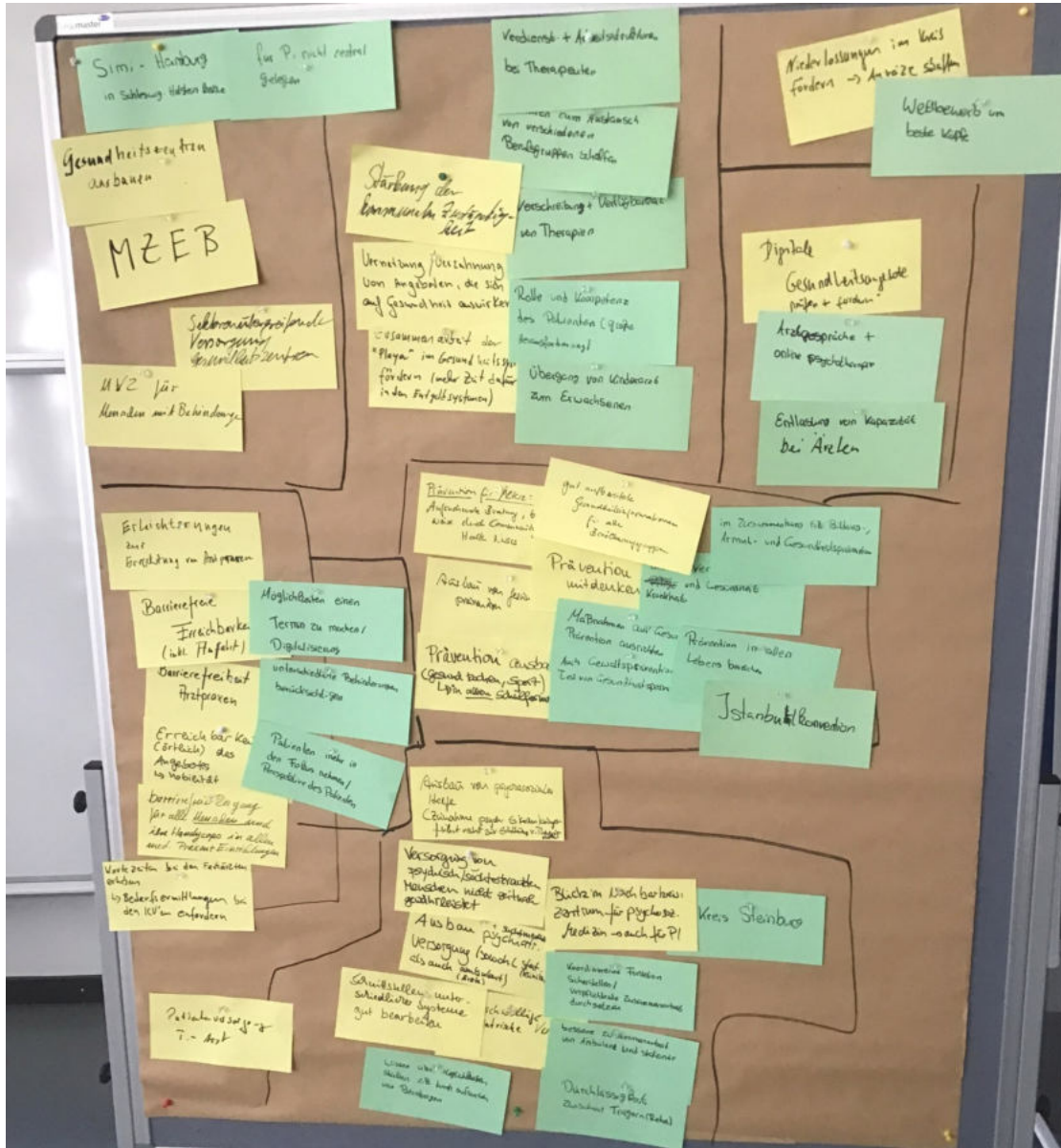
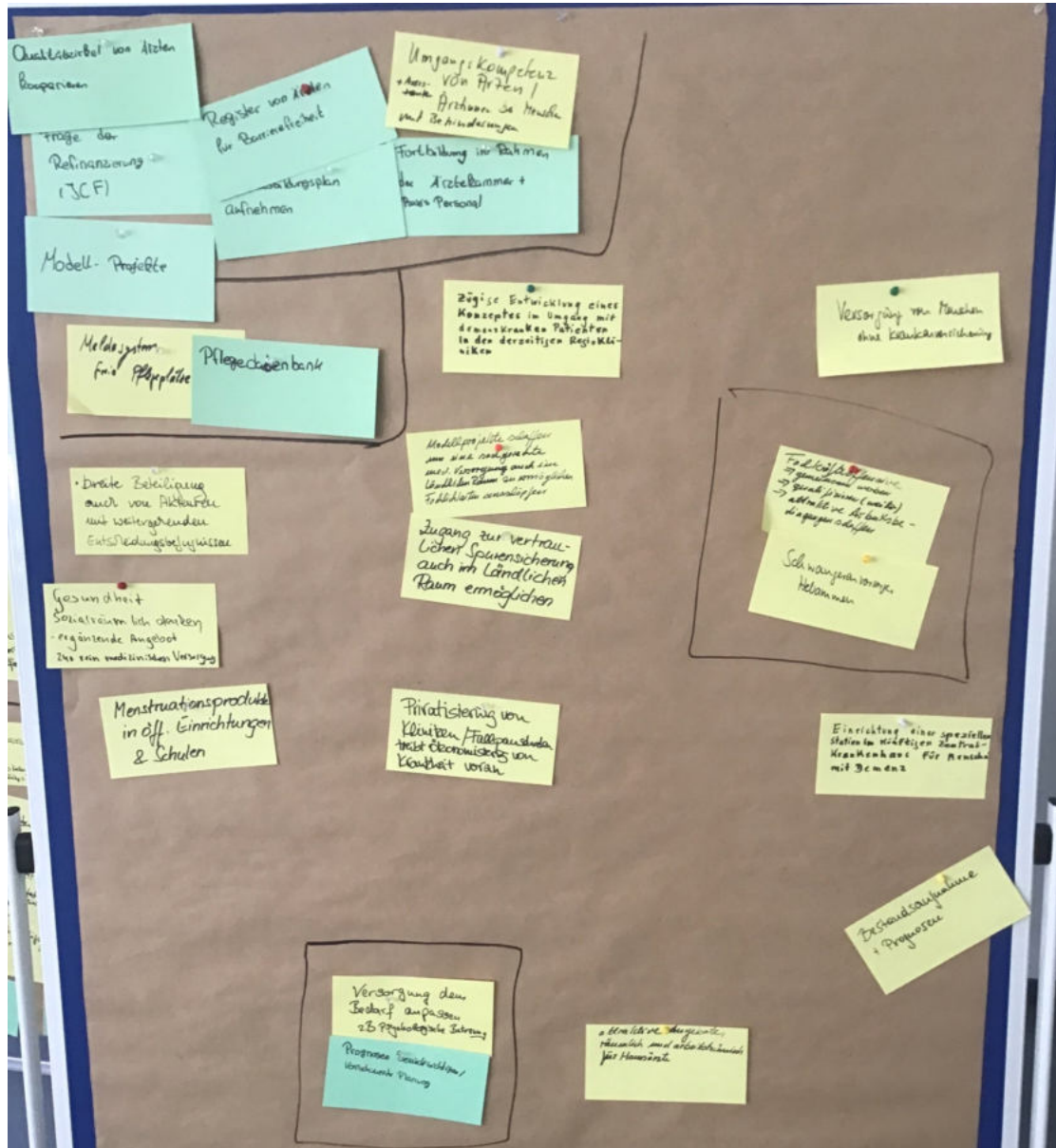


ABB. 23: WORKSHOP-ERGEBNISSE „GESUNDHEITSVERSORGUNG“ (2)



4.4. Migration

Vorbemerkung: Die Hälfte der knapp 20 Teilnehmenden hatte bereits am Vormittag am Workshop zu den Handlungsfeldern „Bildung“ und „Arbeit“ teilgenommen, sodass vielfach an die dortigen Diskussionen angeknüpft werden konnte. Die neugegründete Fokusgruppe „Migration“ war mit sechs Personen anwesend. Zwei Vertreter des Kreistages konnten die Sicht der Politiker einbringen.

ABB. 24: FACTSHEET: AKTUELLER STAND ZUM THEMA „MIGRATION“

Zweite Sozialplanungskonferenz des Kreises Pinneberg

Migration

► Aktuelle Lage, Ergebnisse partizipativer Prozesse

Ausgangslage (2020)

- Zunahme des Anteils der ausländischen Bevölkerung um 0,3 Prozentpunkte auf 11,4%, höchster Anteil Kreise in SH
- Bevölkerungswachstum ist exklusiv auf ausländische Bevölkerung zurückzuführen
- weitere 8,7 % mit Migrationshintergrund
- überproportional in Altersgruppen zwischen 18 und 49 Jahren, unterproportional in Altersgruppen ab 50 Jahren
- Demographische Alterung besonders stark durch deutsche Bevölkerung

Deutsche und Ausländische Bevölkerung nach Altersgruppen in %

Alter	Deutsche Bevölkerung (in %)	Ausländische Bevölkerung (in %)
0-17 Jahre	13,2	12,7
18-24 Jahre	21,7	9,1
25-29 Jahre	26,9	8,4
30-49 Jahre	39,8	12,7
50-64 Jahre	23,8	16,1
65+ Jahre	14,1	8,1

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2020

Landessozialbericht

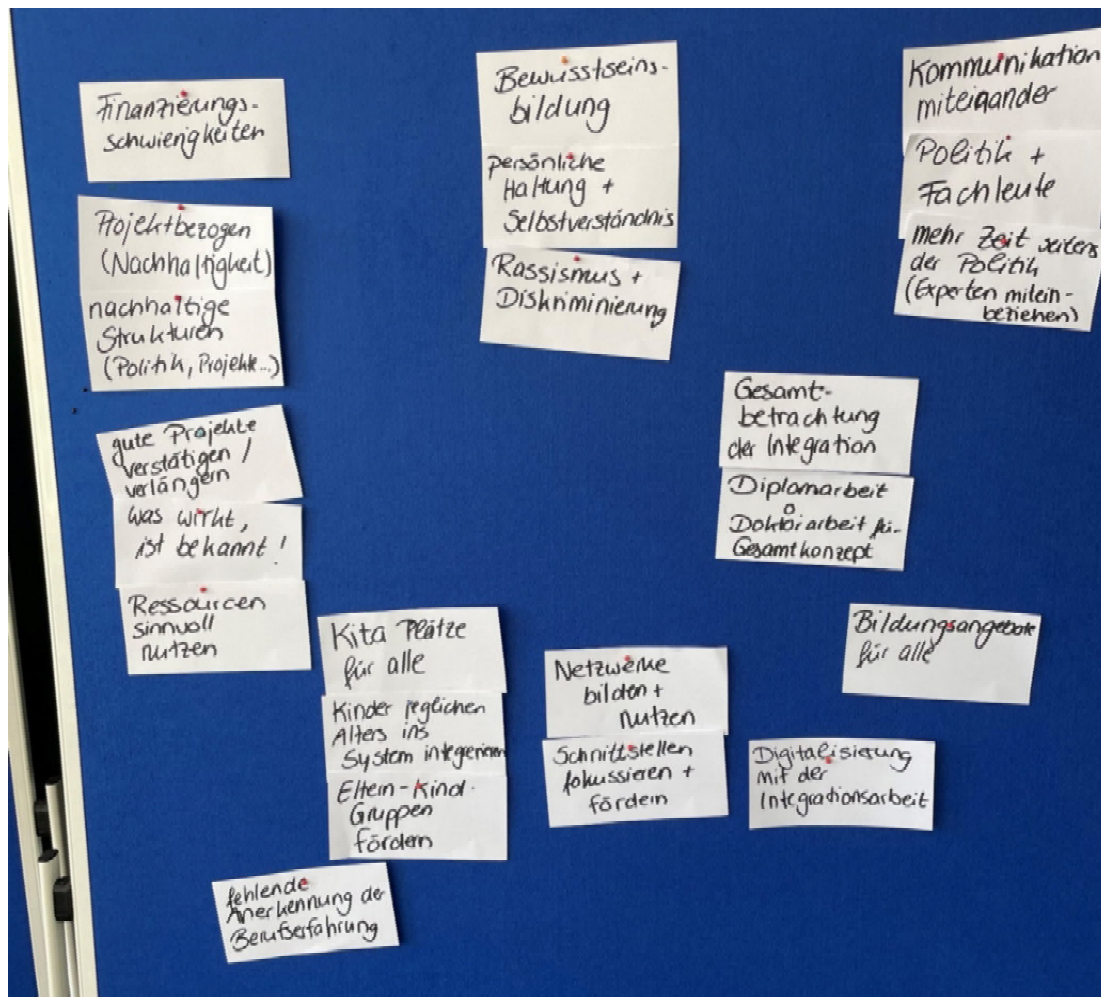
- Höheres **Armutrisiko** für ausländische Familien mit minderjährigen Kindern
- Ausländische Bürger*innen deutlich häufiger auf **Mindestsicherungsleistungen** angewiesen, weisen höhere Arbeitslosenquote auf
- Männliche Schababsolventen ohne deutsche Staatsbürgerschaft **geringste Abiturquote**

Erkenntnisse partizipativer Prozesse

<ul style="list-style-type: none"> Handlungskonzept Integration forschreiben Programme zur Sprachförderung von Kindern Pilotprojekt aus Kreismitteln Evaluation des Projekts Probleme: Kapazitäten, Fachkräftemangel 	<ul style="list-style-type: none"> Unsicherheiten bei Duldung Eigere Zusammenarbeit mit Zuwanderungsbehörden Geringe Belehnungsquote im Erstbesuch bei Abschlüssen Neue Struktur AG Ausbildung Parallelisierung von Anträgen Berufsbezogene Maßnahmen 	<ul style="list-style-type: none"> Gestaltete Möglichkeit der Teilzeitausbildung für Mütter und Sprachanwerbskandidatinnen Vermittlung über Online-Portale Ziel: Beschäftigung für Menschen mit Duldung, kommunal finanzielle Entlastung
<h4>Sprachförderung</h4> <ul style="list-style-type: none"> Elmhoren TV: Entwicklung durch Migrant*innen Informationsweitergabe Hilfenetz & Webdi Kulturimpuls neue Perspektiven 	<h4>Arbeitsmarktintegration</h4> <ul style="list-style-type: none"> Sprachbarrieren erschweren Gesundheitsversorgung Dolmetscher*innen-Kosten werden von der Krankenkasse nur für sehbehinderte oder gebelohrte Menschen übernommen Thematifizierung in seniorbildeter Fokusgruppe Integration 	<h4>Erwachsenenbildung</h4> <ul style="list-style-type: none"> Fortbildungen zur interkulturellen Öffnung und Kompetenz Prüfung eines individualisierten Integrationsmanagements Aufstockung Kapazitäten Migrationsberatung
<h4>Weitere Projekte</h4>	<h4>Gesundheitsversorgung</h4>	<h4>Weitere Maßnahmen</h4>

PERSPEKTIVEN
für soziale Entwicklung und Steuerung
kreis pinneberg

ABB. 25: WORKSHOP-ERGEBNISSE „MIGRATION“



Die Finanzen waren immer wieder ein Thema in der Diskussion. Zur Effizienzsteigerung wurde vorgeschlagen, nur noch bekannt wirksame Projekte zu fördern bzw. fortzusetzen. Die Fachkräfte wussten sehr genau, welche Projekte wirken und welche nicht. Weiter wurde hier auch die Nachhaltigkeit eingeklagt – immer nur relativ kurzlaufende Projekte umzusetzen, würde eine Vielzahl von Chancen ausschlagen, die sich erst bei einer langjährigen Kontinuität zeigen könnten. Sehr kritisch wurde die Idee gesehen, Kinder aus geflüchteten Familien in separaten Gruppen zu betreuen, während die Eltern Sprachkurse absolvieren. Integration gelinge dann am besten, wenn die Kinder von Anfang an in die regulären Strukturen eingebettet würden. Die Bewusstseinsbildung für das Thema Migration und eine entsprechende Haltung ist aus Sicht vieler notwendig, um tatsächlich etwas verändern zu können. So lange Bewusstsein und Haltung noch in einer „alten Denke“ verharre, so lange werde bestenfalls an einzelnen Symptomen gearbeitet.

Sehr deutlich wurde auch, wie wichtig die Kommunikation zwischen Fachexperten und der Politik ist. Während die Fachwelt gut begründete, aber durchaus kostenintensive (zumindest auf dem ersten Blick) Maßnahmen vorschlägt, hat die Politik immer den Gesamthaushalt im Blick. Von den Fachexperten wurde in diesem Zusammenhang moniert, dass sich die Politik zu wenig Zeit für Themen nehme. Es sei besser, einmal im Jahr eine gemeinsame Klausur durchzuführen, als zwanzig Mal im Jahr fünf Minuten miteinander zu sprechen.

4.5. Kommune Inklusiv

Unter den Teilnehmenden am Workshop zum Projekt „Kommune Inklusiv“ waren zwei Vertreter der AWO und dem FB Teilhabe des Kreises Pinneberg, welche das Projekt konzipiert und den Teilnahmeantrag verfasst haben. Der eigentliche Projektantrag ist bis Ende September zu konkretisieren und einzureichen. Neben den Vertretern der Antragstellung konnten zwei Vertreter der Kommunalpolitik deren Perspektive einbringen. Des Weiteren waren Teilnehmende aus der Fokusgruppe „Inklusion“ vertreten sowie Praktiker aus den Verbänden sowie zwei Betroffene mit Schwerbehinderung.

Die Moderation stellte zunächst Ziel und Anliegen sowie Eckpunkte des Modellvorhabens vor; die Federführer des Antrages konnten hier vielfach ergänzen, konkretisieren und Hintergründe aufzeigen.

ABB. 26: FACTSHEET: AKTUELLER STAND ZUM THEMA „KOMMUNE INKLUSIV“


Zweite Sozialplanungskonferenz des Kreises Pinneberg

Kommune inklusiv

▶ 1 Mio. Euro Fördermittel für inklusive Sozialräume im Kreis

Das Programm

- ▶ Förderprogramm des Landes Schleswig-Holstein gemeinsam mit der Aktion Mensch
- ▶ Projekte fördern, die inklusive Sozialräume aufbauen wollen
- ▶ Der Kreis Pinneberg bekam den Zuschlag für das Projekt „Pi Rat - Auf Jagd nach Schätzen im Sozialraum“, einer Zusammenarbeit des Kreises, der AWO, der Lebenshilfe und des Behindertenbeauftragten des Kreises




PiRat - Auf Jagd nach Schätzen im Sozialraum

<ul style="list-style-type: none"> ❑ AWO & Lebenshilfe kombinieren zentrale Themen des Sozialraums: <ul style="list-style-type: none"> ❑ Soziale Dienste, Jugendhilfe ❑ Von Frühförderung bis Seniorenbetreuung, integrativ & inklusiv ❑ Kreis Pinneberg hat eigenen Fachbereich Teilhabe gegründet ❑ AWO und Lebenshilfe kooperieren, arbeiten mit der Kreisverwaltung eng zusammen, insb. in den Fokusgruppen <ul style="list-style-type: none"> ▶ Handlungsempfehlungen für die Politik ❑ Im Kreis Pinneberg werden bereits Ansätze für den Sozialraum diskutiert 	<ul style="list-style-type: none"> ❑ Begegnungen von Menschen mit und ohne Behinderung ❑ Bedarfe benennen, Barrieren abbauen, Sozialraum gemeinsam entwickeln ❑ Sport, Kultur und Freizeit als ein Kernbereich im Sozialraum ❑ Selbstbestimmte Teilhabe ermöglichen ❑ Aufbau inklusiver Strukturen ❑ Beratung von Unternehmen zur inklusiven Arbeitsplatzgestaltung <ul style="list-style-type: none"> ▶ Win-Win Situation ❑ Zielgruppe: Alle, zunächst insb. Menschen mit Behinderung & Kinder und Jugendliche 	<ul style="list-style-type: none"> ❑ Umfassende Sozialraum-analyse unter Einbezug der Zielgruppe <ul style="list-style-type: none"> ▶ Teilhabebedarfe erkennen ❑ Unterstützungsmanagement ▶ Hilfe zur Selbsthilfe ❑ Netzwerk soll Stakeholder zusammenbringen ❑ Arbeitsgruppen bearbeiten Themen, begleitet von Steuerungsgruppe, Umsetzung durch Modellpartner ❑ Regelmäßiger Austausch durch Veranstaltungen und Workshops <ul style="list-style-type: none"> ▶ neue Ideen werden weiterverfolgt
--	---	---

Akteure

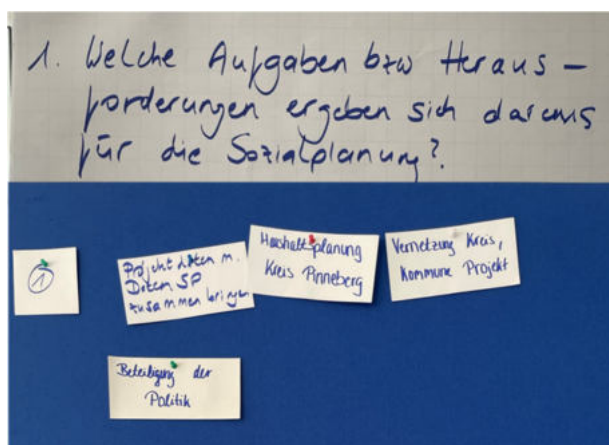
Projektziele

Ideen



Als „Sozialraum“ ist hier das gesamte Gebiet der Stadt Elmshorn zu verstehen. Die beiden im Teilnahmeantrag aufgeführten Handlungsfelder „Sport, Kultur und Freizeit“ sowie „Inklusive Arbeitsplatzgestaltung“ sind als Beispiele zu verstehen. Die im ersten Projektschritt vorzunehmende Sozialraumanalyse / Befragung unter Einbezug der Zielgruppen wird dann die tatsächlichen Handlungsfelder identifizieren, welche im weiteren Projektverlauf konkret bearbeitet werden. Dabei soll dem Unterstützungsmanagement („Hilfe zur Selbsthilfe“ „Empowerment“) besondere Bedeutung zukommen. Des Weiteren sind im Teilnahmeantrag als Zielgruppen Menschen mit Behinderung aufgeführt, das Projekt versteht sich jedoch als „inklusiv“ im übergeordneten Sinne, d.h. auch weitere Zielgruppen sind umfasst.

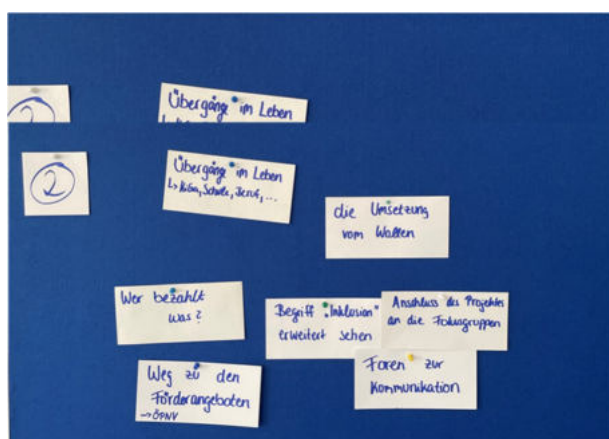
ABB. 27: WORKSHOP-ERGEBNISSE „KOMMUNE INKLUSIV“ (1)



Als Anforderung für die Sozialplanung wurde zunächst eine enge Verknüpfung von Projektdaten und Daten der Sozialplanung als Erfolgsfaktor identifiziert, d.h. die Sozialplanung fungiert hier als Dienstleister, der relevante Daten zur Verfügung stellt bzw. erhebt. Des Weiteren wird die Notwendigkeit gesehen, den Kreis, die Kommune Elmshorn und das Projekt zu verzahnen, was in der Projektstruktur

aktuell bereits angedacht ist. Weiterhin ist „Kommune Inklusiv“ bei der Haushaltsplanung (Doppelhaushalt 2023 / 24) für den Kreis Pinneberg zu berücksichtigen sowie die Politik (alle Kreistagsfraktionen) in allen Projektphasen angemessen und proaktiv zu beteiligen.

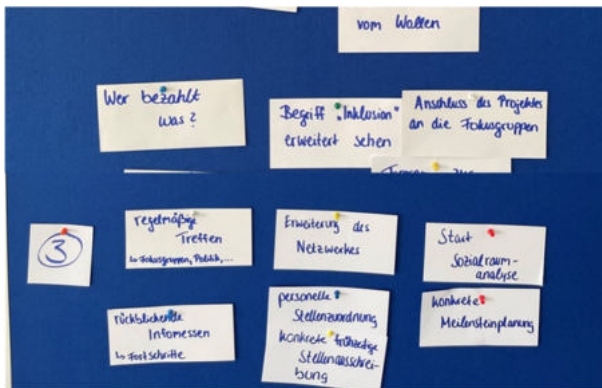
ABB. 28: WORKSHOP-ERGEBNISSE „KOMMUNE INKLUSIV“ (2)



Zunächst einmal bedarf es für die Umsetzung des Projekts einer klaren Absicht („Wollen“) sowie den Mut, auch unkonventionelle Wege zu gehen. Weiterhin wurden einige Aspekte nochmals aufgegriffen, die bereits in den Workshops am Vormittag zum Thema Inklusion (gleicher Teilnehmendenkreis) diskutiert wurden: Der Begriff „Inklusion“ ist nicht auf Menschen mit Behinderung eng zu führen, sondern weit zu sehen.

Weiterhin sollten bei der weiteren Konkretisierung des Projekts die Übergänge im Lebenslauf eines Menschen (Kita → Schule → Beruf) angemessen berücksichtigt sowie das Thema Barrierefreiheit mitgedacht werden. Als „blinder Fleck“ wurde weiterhin die Finanzierung gesehen, auch und gerade, wenn es um Anschlussfähigkeit nach Abschluss des Projekts geht. Des Weiteren sollte bedacht werden, wie das Projekt an die Fokusgruppen angeschlossen werden kann. Diskutiert wurde auch das Thema Kommunikation gerade auch angesichts der Breite des Themas und möglicher Zielgruppen.

ABB. 29: WORKSHOP-ERGEBNISSE „KOMMUNE INKLUSIV“ (3)



Als Ausblick wurden eine Erweiterung des Netzwerks sowie eine konkrete Meilensteinplanung avisiert. Weiterhin sollte möglichst kurzfristig mit der Sozialraumanalyse begonnen werden. Auch muss möglichst frühzeitig die Gewinnung von geeignetem Personal auf den Weg gebracht werden; dabei war die allgemeine Einschätzung, dass hier ein zentraler Erfolgsfaktor des Projekts liegt.

Zur Sicherung des weiteren Informationsflusses wurde eine regelmäßige Befassung der Politik und der einschlägigen Fokusgruppen mit dem Projekt vorgeschlagen. Weiterhin wurden alternative Formen des Informationstransfers und der Kommunikation aller „Stakeholder“ diskutiert, wie z.B. regelmäßige Infomessen oder Info-Märkte, wo die verschiedenen Akteure beispielsweise an „Markt“- oder „Messe“-Ständen und anhand von Wandzeitungen / Postern zu Sachstand, Ergebnissen, Herausforderungen etc. miteinander ins Gespräch kommen.

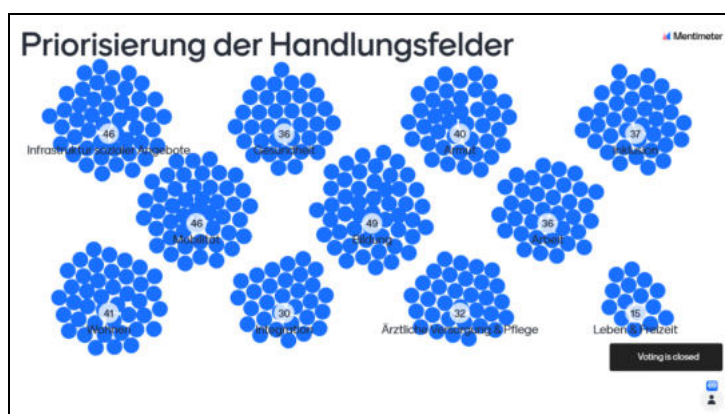
Vergleichbare Formate wären auch für künftige (gewünscht häufigere) Sozialplanungskonferenzen anwendbar; dabei könnte das „Rahmenprogramm“ (Vorträge etc.) entfallen bzw. es könnte stärker auf offene Formate gesetzt werden, wo alle Teilnehmenden sich noch stärker aktiv einbringen.

5. Priorisierung der Handlungsfelder und Abschluss

5.1. Priorisierung der Handlungsfelder

Ein wesentliches Ziel der Konferenz bestand darin, die elf sozialpolitischen Handlungsfelder neu zu priorisieren. Dies wurde live während der Veranstaltung mittels des Online-Tools „Mentimeter“ realisiert. Alle Teilnehmenden waren eingeladen, sich an der Priorisierung zu beteiligen. Sieben von elf Handlungsfeldern konnten je Teilnehmer:in priorisiert werden. Insgesamt haben 69 Personen an der Priorisierung teilgenommen. Die Ergebnisse sind aus Abb. 30 zu entnehmen.

ABB. 30: PRIORISIERUNG DER SOZIALPOLITISCHEN HANDLUNGSFELDER



Die Handlungsfelder Infrastruktur sozialer Angebote, Wohnen, Mobilität, Bildung, Armut und Inklusion wurden dem Bereich der priorisierten Handlungsfelder eindeutig zugeordnet.

Die Handlungsfelder Integration, Ärztliche Versorgung und Pflege sowie Leben und Freizeit wurden dem Bereich der nicht priorisierten Handlungsfelder zugeordnet.

Die Handlungsfelder Gesundheit und Arbeit können sowohl dem priorisierten als auch dem nicht priorisierten Bereich zugeordnet werden.

An der Priorisierung der Handlungsfelder soll sich nach einer Beschlussfassung im Kreistag die zukünftige Schwerpunktsetzung der Arbeit in der Sozialplanung orientieren.

5.2. Feedback zur Veranstaltung

Zum Abschluss der Konferenz fand eine Kurzevaluation der Veranstaltung, ebenfalls über das Tool „Mentimeter“ statt. Im Ergebnis haben die Teilnehmenden die gesamte Sozialplanungskonferenz sehr positiv bewertet. Der Durchschnittswert betrug 8,1 von 10. Dies kam auch in den verschiedenen Gesprächen am Rande der Konferenz zum Ausdruck.

ABB. 31: FEEDBACK ZUR VERANSTALTUNG

